



Politische Berichte

Nummer 16/ 13. Jahrgang

31. Juli 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Nach dem Urteil oberster Gerichtshöfe rollt eine Umwandlungswelle von Miet- in Eigentumswohnungen

Am 30. Juni 1992 hatte der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes zur Umwandlung von Altbauten in Eigentumswohnungen folgendes Urteil gefaßt: „Wohnungen und sonstige Räume in bestehenden Gebäuden können auch dann im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 1 WEG in sich abgeschlossen sein, wenn die Trennwände und Trenndecken nicht den Anforderungen entsprechen, die das Bauordnungsrecht des jeweiligen Bundeslandes aufstellt.“ Diese Entscheidung hat mit der vor drei Jahren vom Bayerischen Verwaltungsgericht und vom Bundesverwaltungsgericht gebilligten „Münchener Praxis“ Schluß gemacht, mit baurechtlichen Mitteln die Umwandlungsspekulation auszubremmen. Seit diesem Urteil rollt eine Umwandlungswelle in der Bundesrepublik an. Von den Mietervereinen wird davon ausgegangen, daß die größte Mietervertreibung seit der Nachkriegszeit einsetzen wird — wenn nicht noch ein gesetzliches Umwandlungsverbot erreicht wird. Es sei nicht nur zu erwarten, daß schlagartig die Wohnungen umgewandelt werden, die seit 1989 „zurückgehalten“ wurden. Vielmehr steht zu befürchten, daß in ganz hohem Maße Umwandlungen „auf Vorrat“ vorgenommen werden. In Großstädten wie München wird davon ausgegangen, daß rund 500.000 Mieterinnen und Mieter davon betroffen sein werden. Erfahrungsgemäß gehen mit der Umwandlung in Eigentumswohnungen Modernisierungen mit entsprechenden Mieterhöhungen, sonstige erhebliche Mietsteigerungen und vor allem Kündigungen wegen Eigenbedarfs einher. Da die Bundesregierung sich bisher geweigert hat, eine gesetzliche Regelung in der Frage der Abgeschlossenheitsbescheinigung und der Umwandlung herbeizuführen, muß jetzt massiver Druck auf den Gesetzgeber ausgeübt werden, um zu retten, was noch zu retten ist. Seit fast einem halben Jahr gibt es einen als Bundesratsinitiative der Stadt Hamburg eingebrachten Gesetzentwurf, der vom Bundesrat einstimmig beschlossen, von der Bundesregierung jedoch strikt abgelehnt wurde.

Die FDP — die weitgehend die Wohnungspolitik bestimmt — hat auf ihrem 42. Bundesparteitag im November 1991 „Thesen liberaler Wohnungspolitik“ beschlossen. Die Wiederherstellung des Rechts auf Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird darin direkt gefordert. Auf diesem mieterfeindlichen Kurs will die FDP und mit ihr die Bun-

Mietwohnungen: Verbot von Umwandlungen nötig

desregierung erreichen, daß der Anteil privaten Wohneigentums steigt. Dieser Anteil sei noch unter 40 Prozent in den alten Bundesländern und damit niedriger als bei unseren westeuropäischen Nachbarn. Schon in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers von 1983 wurden 50 Prozent Wohneigentum angepeilt und bis heute immer noch nicht erreicht.

Wer profitiert nun am stärksten vom spekulantenfreundlichen Kurs der Bundesregierung in Sachen Umwandlung? Die mögliche Nutzung eines Hauses bestimmt den Verkaufswert. Ist nur eine Wohnraumnutzung möglich, dann orientiert sich der Verkaufspreis an einem Vielfachen des Jahresmietetrags. Ist dagegen eine gewerbliche Nutzung oder gar eine Umwandlung und ein Verkauf als Eigentumswohnung möglich, dann liegt der Verkaufspreis eines Hauses wesentlich höher. Das kommt zunächst einmal dem Hausbesitzer zugute, der sein Mietshaus an einen professionellen Umwandler verkauft. Der Umwandler schlägt auf den Kaufpreis noch einmal durchschnittlich mindestens 1.000 DM je Quadratmeter drauf. Nach den Berechnungen des Deutschen Mieterbundes (DMB) liegen die Bruttogewinne der Umwandler zwischen 70.000 und 100.000 DM pro Wohnung. Insgesamt verteuert die Umwandlung in Eigentumswohnungen die Preise der Wohnungen gegenüber Mietertragsobjekten

um durchschnittlich 1.500 bis 2.000 DM/qm. Die spekulationsbedingte Preissteigerung übt bei vermieteten Eigentumswohnungen einen ungeheuren Druck auf die Mietpreise aus und führt nicht selten zu vorgetäuschten Eigenbedarfskündigungen, um die Wohnungen leer zu bekommen, um zu Wuchermieten neu vermieten zu können.

Dieses Gerichtsurteil hat auch mittelfristig direkte Auswirkungen auf den Sozialwohnungsbestand. Dieser Bestand wird jährlich um zehntausende Wohnungen dezimiert, weil die Bindungen auslaufen und keine adäquaten Maßnahmen dagegen ergriffen werden. So wurde z. B. im Frühjahr 1990 die Neue Heimat Bayern mit über 33.000 Wohnungen für 960 Mio. DM an die Firma Döblinger verkauft und damit die einmalige Chance vergeben, diesen Sozialwohnungsbestand in einer Auffanggesellschaft des Landes und der Kommunen — für 600 Mio. DM — zu halten. Wurden damals noch maßvolle Mieterhöhungen aufgrund sinnvoller Modernisierungen versprochen, sehen sich heute zum Beispiel 1.235 Mieterfamilien in München/Giesing mit Mieterhöhungen konfrontiert, die fast 54 % der Nettomiete ausmachen. Notwendige Instandsetzungsarbeiten werden als Modernisierung ausgegeben, die Fassade wird wärmedämmend, neue Energiesparfenster eingebaut und die Kosten nahezu

vollständig auf die Mieter abgewälzt. Nach Angaben des Münchner Oberbürgermeisters sollen in München/Neuperlach fast 600 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, und nach Bekanntwerden dieser höchst richterlichen Entscheidung flatterte den Döblinger-Mietern im Stadtteil Bogenhausen ein Brief in die Wohnung mit folgender Hiobsbotschaft: „Für einen Teil der Wohnungen ist dieser Verkaufsstop jetzt aufgehoben; dies gilt auch für ihre Wohnung. Damit haben Sie nun noch einmal Gelegenheit, für sich selbst die Kaufmöglichkeiten zu prüfen oder uns eine beliebige andere Person Ihres Vertrauens als Erwerber zu benennen.“

Aus anderen Städten — wie Berlin und Frankfurt — sind ähnlich alarmierende Vorgänge zu melden. Die Ankündigung des wohnungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kany, es müsse abgewogen werden zwischen Eigentumsbildung und sozialen Problemen und der Bundestag werde sich nach der Sommerpause mit einem Gesetz gegen die drohende Umwandlungswelle beschäftigen, können nicht richtig ernst genommen werden. Jetzt helfen nur noch breite Aktionen von Mietervereinen und Gewerkschaften.

Quelle: DMB-Presseinfos, Liberale Depesche 12/91, Süddeutsche Zeitung 25./26.7.92 — (dfl)

IGM: Aktionen gegen Karenztag

Die IG Metall hat weitere Aktionen gegen die geplante Einführung eines „Karenztages“ angekündigt. Wenn die Pläne im Herbst nicht vom Tisch seien, werde die Gewerkschaft „zu bundesweiten Demonstrationen und einem Marsch nach Bonn aufrufen“, kündigte Vorstandsmitglied Schmitt-Henner an. Ausdrücklich lehnte er auch den Vorschlag Geißlers ab, „wahlweise“ auch auf einen Urlaubstag zu verzichten. — (rfl, Bild: Rote Fahne)



Streit um regionale Versicherungen

Die Interessenslage ist nicht immer einfach durchschaubar bei der von den Bundesländern betriebenen Regionalisierung der Sozialversicherungen. Die betroffenen Versicherungen, die bundesweite Angestelltenrentenversicherung (BfA) und die Ortskrankenkassen, lehnen ab. Die Länder erhoffen sich (Kredit)zugriff auf die bei den Versicherungen angesammelten Geldmittel sowie Einfluß auf die Beitragshöhe („Investieren in ... mit den niedrigen Beiträgen“). Die Betriebskrankenkassen (wegen ihrer Struktur mit niedrigen Beiträgen) protestieren, weil die Großbetriebe keinen regionalen Ausgleich zwischen den Kassen wollen. Der DGB will auch niedrige Beiträge und macht Druck auf die AOKs. Keiner spricht aber davon, daß die Versicherungen Eigentum der Versicherten sind und daher dem Einfluß, sei es nun durch Staat oder Kapital, entzogen gehören. — (alk)

Daimler-Benz gewinnt die Mehrheit bei Fokker

Nach der vorfristigen Übernahme der restlichen Bundesanteile am Airbus hat Daimler-Benz einen weiteren Coup gelandet auf dem Weg zum europäischen Flugzeugmonopol. Die niederländische Regierung gab ihren Widerstand gegen die Übernahme von 51 % der Anteile des Flugzeugkonzerns Fokker durch Daimler-Benz auf. Ein definitiver Vertrag soll nächste Woche unterschrieben werden. Darin soll Daimler bzw. der Daimler-Tochter Dasa zugesichert werden, die Mehrheit bei Fokker bis 1996 erwerben zu können. Die französische Aerospatiale und die italienische Alenia sollen an dem angestrebten „deutsch-französisch-italienisch-niederländischen Flugzeugbaukonglomerat“ (Die Welt, 27.7.) beteiligt werden. Erstes Ziel ist, künftig auch bei kleineren Mittelstreckenmaschinen die US-Konzerne zu übertrumpfen. — (rfl)

§ 218: Verfassungsgericht entscheidet nächste Woche

Voraussichtlich in der kommenden Woche wird der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem vorsitzenden Richter Mahrenholz über den Antrag der bayerischen Staatsregierung und von 241 CDU/CSU-Abgeordneten entscheiden, mit einer einstweiligen Anordnung das Inkrafttreten des neuen Gesetzes zum § 218 zu verhindern. Erst müsse Bundespräsident von Weizsäcker das Gesetz unterschrieben haben und das Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet sein. Das war kurz vor Redaktionsschluß geschehen. Nun wird als voraussichtlicher Entscheidungstermin des Gerichts der kommende Dienstag genannt. — (rfl)

„Minderheiten“ — Tagung unter CSU-Schirmherrschaft

„Minderheitenrechte“, so lautete das Thema einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung, eine von der CSU finanzierte und personell bestückte Einrichtung, in Prag. Scheinheilig beklagte dort der frühere österreichische Staatssekretär Ludwig Steiner, den Bürgerkrieg in Jugoslawien, scheinheilig deshalb, weil zugleich in seinem Vortrag, wie auch von anderen Referenten, heftig gegen eine sogenannte Schmelztiegelphilosophie polemisiert wurde. Minderheit sei ein Wert für sich, die Behandlung von Minderheiten sei nicht die innere Angelegenheit eines Landes, sondern Sache der gesamten Außenwelt. Also verlängert man den Bürgerkrieg in Jugoslawien, indem man die Kroaten gegen die Serben unterstützt. Also präpariert man die Auseinandersetzung in der CSFR, wo auf der Tagung gegen die Slowaken auf die Probleme der ungarischen Minderheit hingewiesen wurde. Allerdings ist die Liebe für Minderheitenangelegenheiten nicht schrankenlos: Wanderarbeiter und Einwanderer nach Westeuropa, so die Tagung, sollen keine geschützte Minderheit werden. — (alk)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Millionen für Czajas Leute

Revanchistisches Gesetzeswerk vom Kabinett beschlossen

Das Bundeskabinett hat kürzlich einen Gesetzentwurf zur „Bereinigung von Kriegsfolgengesetzen“ beschlossen. Von dem Gesetzentwurf sind insgesamt 19 Gesetze und Verordnungen betroffen, die sich mit der Problematik Lastenausgleich, „Vertriebene“ und Aussiedler befassen, darunter das Bundesvertriebenengesetz und das Arbeitsförderungsgesetz. Da der Entwurf sehr umfangreich und weitreichend ist, sind die Auswirkungen noch nicht alle absehbar.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß nach der Einverleibung der DDR und dem Zerfall der Sowjetunion durch Fortzüge sogenannter „Aussiedler“ in den Westen und andere revanchistische Umtriebe die Destabilisierung dieser früheren Länder bereits in erheblichem Umfang gelungen ist. Daß es jetzt aber darauf ankommt, Deutsche insbesondere in Rußland zu belassen und die Deutschen dort zu fördern. Damit schafft sich die Bundesregierung erhebliche Möglichkeiten, in die GUS-Staaten einzuwirken. Durch die erst kürzlich mit

Rußland beschlossenen Verträge über die Ansiedlung von Deutschen an der Wolga — gegen den Willen der gesamten Provinz — kann die Bundesregierung bereits erste Erfolge vorweisen. Gleichzeitig bemüht sich die BRD um „Spätaussiedler“, wie sie jetzt heißen, die einfach in den deutschen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Das macht man dadurch, indem der Grad des „Deutschseins“ gegenüber den vergangenen Jahren etwas gesteigert wird: „Zur Annahme der deutschen Volkszugehörigkeit genügt die Abstammung von deutschen Eltern ... allein nicht ... Objektiv feststellbare Betätigungsmerkmale (müssen sich) niedergeschlagen haben. Als solche kommen Sprache, Erziehung und Kultur in Betracht. Dabei wird die Sprache von wesentlicher Bedeutung sein.“ Solche Spätaussiedler, vor allem Rußlanddeutsche hat man im Auge, erhalten bei Ankunft in der BRD eine „pauschale Hilfe“ von 4.000 bis 6.000 DM nach dem Bundesvertriebenengesetz. Mit 200

Mio. DM jährlich rechnet der Innenminister, sie sollen aber erst ab 1994 gezahlt werden. Mit diesen neuen „deutschen“ Arbeitskräften (man spricht von jährlich 44.000, insgesamt 160.000) kann man also rechnen.

„Vertriebene“, die jahrelang in der DDR gelebt haben, sollen jetzt einen einmaligen, einheitlichen Betrag von 4.000 DM erhalten. Diese Forderung von Czaja hat die Bundesregierung praktisch erfüllt und wird ihnen neue Anhänger verschaffen. Trotzdem zeigt sich der Bundesverband der Vertriebenen unzufrieden. Er will noch mehr Einfluß auf den Gesetzentwurf nehmen und befürchtet, daß durch die Verlagerung vieler Zahlungen auf die Länder und Gemeinden sein Einfluß schwindet.

Diese Politik und diese vielen Gelder sind Wasser auf die Mühlen von Revanchisten und Faschisten und verschaffen den Herrschenden Anhänger, um ihre großdeutsche Außenpolitik weiter mittels „deutscher Minderheiten“ zu forcieren. — (jod)

Aktuell in Bonn

Schlichtwohnungen

Bundesbauministerin Schwaetzer, bisher zumeist bekannt durch ihren anhaltenden Widerstand gegen jede Beschränkung von Mietspekulationen und Mietwucher, will sich nun in der Förderung des „Schlichtwohnungsbaus“ versuchen. In einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ kündigte die Ministerin an, Sozialwohnungen sollten in Zukunft „kleiner und einfacher“ gebaut werden — Typus Hundehütte vermutlich. Zugleich will die Ministerin die Trennung von Wohn- und Gewerbegebieten aufheben — Wohnung direkt auf dem Werksgelände vielleicht? Außerdem will sie die völlige Genehmigungsfreiheit für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern einführen. Schon im Herbst will die Ministerin ein neues Gesetz vorlegen. Inhalt: Förderung der Renovierung von alten Sozialwohnungen. So werden die alten Sozialwohnungen renoviert, um auch dort die Mieten hochzutreiben, und wer nicht bezahlen kann, zieht eben aus — z.B. in eine neue „Schlichtwohnung“.

Klage gegen BGS-Gesetz

Das Land NRW hat gegen das kürzlich verabschiedete Gesetz, wonach der Bundesgrenzschutz Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit übernimmt, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Gesetz betreffe Aufgaben, die das Grundgesetz eindeutig den Ländern zuweise, begründete NRW-Innenminister Schnoor die Klage. Schon jetzt betrage die Personalstärke von BGS mit Bahnpolizei und BKA 37000 Personen, genauso viel, wie NRW an Polizisten habe. Daß Polizei keine Bundessache ist, ist eine der wenigen Konsequenzen aus den Erfahrungen des Faschismus (Gestapo), die in der BRD noch in Kraft sind. Wenn die Aufgaben des BGS wegen des Wegfalls der Grenzsicherung zur DDR weniger würden, müsse man ihn eben verkleinern, so Schnoor.

Berlin: Schneller Bau

Am 20. Juli hat das Bundeskabinett den Vertrag zur Zusammenarbeit mit dem Land Berlin bei dem Ausbau Berlins zum Regierungssitz gebilligt. Ein „quasi inhaltsgleicher“ Vertrag mit Brandenburg wurde ebenfalls gebilligt. Gemeinsame, paritätisch besetzte Ausschüsse sollen nun den Bau von Verwaltungsgebäuden und Wohnraum für die Bundesbehörden und deren Beschäftigte vorantreiben. In Berlin sollen die Zuständigkeiten für Bauen im Zusammenhang mit Regierungsgebäuden von den Bezirken auf den Senat zentralisiert werden. Weiterer Widerstand gegen die Ansiedlung von Ministerien, Gerichten und anderen Bundesbehörden soll dadurch ausgeschaltet werden, daß das Bauplanungsrecht geändert wird. Danach sollen u.a. Widersprüche und Anfechtungsklagen Dritter gegen Bundesbauten künftig keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

Steuern steigen stark

Das Statistische Bundesamt hat eine Übersicht über die Gründe für das starke Steigen des Steueraufkommens für Bund und West-Länder im vergangenen Jahr vorgelegt. Danach stieg 1991 die Lohn- und Einkommenssteuer um 14,8 %. Grund dafür sei „vor allem ... das erneute Einsetzen der Steuerprogression nach der Steuerreform 1989/90“. Mit anderen Worten: die faktische Steuerlast vor allem im Bereich der unteren und mittleren Einkommen aus Lohn und Gehalt steigt wieder steil an. Zweite große Steuerquelle war die Umsatzsteuer. Sie stieg 1991 um 16,9 %. Hier nennt das Amt zwei Gründe für den Anstieg: Erstens die großen Verkaufszuwächse von West-Unternehmen in die Ost-Bundesländer, zweitens, daß ab Anfang 1991 auch Umsätze in den Ost-Ländern der Umsatzsteuer unterlagen. Bis dahin waren diese Umsätze als quasi „Exporte“ umsatzsteuerfrei gewesen. Diese neuen Umsatzsteuern zahlen effektiv vor allem die Lohnabhängigen, Arbeitslosen, und Rentner im Anschlußgebiet — über steigende Preise.

Privatisierung

Am 21. Juli hat das Bundeskabinett auf Vorschlag von Finanzminister Waigel weitere Privatisierungen beschlossen. So sollen — ausgenommen drei militärische Tochterfirmen — 55 % der Anteile an der bundeseigenen „Industrieverwaltungsgesellschaft“ verkauft werden. Bundesbeteiligungen bei Flughäfen, bei verschiedenen Banken und bei der „Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen“ sollen ebenfalls verkauft werden. Die Beteiligung an der Lufthansa soll von derzeit 54,72 Prozent auf 25,1 % verringert werden. Hier werden Waigels Verkaufspläne derzeit noch durch die Krise der Lufthansa gebremst. Um zu sichern, daß das Unternehmen auch künftig bei Daimler den Airbus kauft, behält der Bund zudem eine Sperrminorität von knapp über 25 %.

Waffenhilfe für Indonesien

Fast alle Kriegsschiffe der früheren DDR-Marine werden von der Bundesregierung an die indonesische Regierung verkauft. Das hat das Bundesverteidigungsministerium am 23. Juli mitgeteilt. Das indonesische Regime ist seit dem blutigen Militärputsch anfang der 60er Jahre und der damit verbundenen Massakrierung von tausenden von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen eines der reaktionärsten Regime in Asien und hat zudem seit den 70er Jahren die Republik Ost-Timor gewaltsam unter kolonialer Besetzung. Mit der Lieferung der DDR-Marineschiffe wird dem herrschenden Regime die Kontrolle des großen Inselreiches und der Nachschub nach Ost-Timor weiter erleichtert.

Was kommt demnächst?

Bundestag und Bundesrat sind derzeit in der sog. „Sommerpause“. Anfang September beginnen ihre Beratungen wieder. Als erstes steht dann die Debatte über den Bundeshaushalt 1993 an.

DGB-Vorstand legt Forderungen zur Verfassungsdiskussion vor

Der DGB-Bundesvorstand hat Mitte Juli eine Broschüre veröffentlicht, in der er seine „Leitlinien und Argumente“ zur „Verfassungsdebatte in Deutschland“ zusammengefaßt hat.

Bei Durchsicht der Broschüre fällt ins Auge, daß der DGB viele berechnete Anliegen von Gewerkschaftsmitgliedern nicht beachtet bzw. nicht unterstützt. So findet sich in der gesamten Broschüre kein einziges Wort zur Diskussion um die „Verfassungsmäßigkeit“ des Rechts auf Abtreibung, gegen Bundeswehreinräte im Ausland, zu Verbot und Ächtung faschistischer und rassistischer Organisationen und Politik. Auch bei der Diskussion um die großdeutsch-völkische Definition der „Deutschen“ in Artikel 116 bezieht der DGB keine Position. Dementsprechend findet sich keine Kritik an der staatlichen Förderung von aggressiven Vertriebenenverbänden und kaum Kritik an der Unterdrückung und Verfolgung von Ausländern.

An anderen Punkten stellt der DGB dennoch begrüßenswerte Forderungen auf, auf die sich emanzipatorische Positionen wenigstens teilweise beziehen können. Wir dokumentieren Auszüge. — (rül)

„Ausbau sozialer Grundrechte und Stärkung des Sozialstaatsprinzips“

Unter dieser Überschrift hat der DGB eine Reihe von Forderungen gruppiert. Nur fordert er keine einklagbare Grundrechte, sondern lediglich vage „Staatsziele“. Zur Begründung für diese erstaunliche Zurückhaltung bei der Verfechtung sozialer Rechte von Lohnabhängigen heißt es: „Die hier vorgeschlagenen Staatszielbestimmungen sind Direktiven für staatliches Handeln und verpflichten Gesetzgebung und Verwaltung, ihr Handeln in einer bestimmten Weise auszurichten. Im Unterschied zu Grundrechten stellen sie kein einklagbares Recht dar; ihre Beachtung durch die staatlichen Stellen kann jedoch vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen seiner Zuständigkeit überprüft werden.“ (S. 7)

1. Recht auf Arbeit

Als Formulierungsvorschlag schlägt der DGB vor:

„Abs. 1

Das Recht auf Arbeit, welches das Recht jedes einzelnen umfaßt, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte Arbeit zu menschenwürdigen und gerechten Bedingungen zu verdienen, wird von aller staatlichen Gewalt anerkannt und geschützt. Der Staat ist verpflichtet, für die Verwirklichung dieses Rechts zu sorgen, insbesondere durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Arbeitsförderung sowie durch Regelungen zum Schutz bestehender Arbeitsverhältnisse.

Abs. 2

Unentgeltliche Berufsberatung und Arbeitsvermittlung werden gewährleistet.

Soweit ein angemessener Arbeitsplatz nicht vorhanden ist, besteht Anspruch auf Umschulung, Weiterbildung und angemessene Lohnersatzleistungen.“

Das ist immerhin gegen die geplante Zulassung privater Arbeitsvermittler gerichtet und — wenn auch vage — gegen den Abbau von Versicherungsansprüchen in der Arbeitslosenversicherung.

2. Recht auf soziale Sicherheit

Hier zeigt sich schroff, wie grotesk ein „Staatsziel“ mit der Wirklichkeit kollidieren kann. Der DGB fordert nämlich an anderer Stelle auch ein „Recht auf angemessenen Wohnraum“. Hier aber formuliert er selber, daß ein solches Staatsziel auch mit weiter bestehender Obdachlosigkeit einhergehen kann. Unter „Recht auf soziale Sicherheit“ heißt es nämlich:

„Abs. 1

Der Staat anerkennt und schützt das Recht eines jeden auf soziale Sicherung, die eine menschenwürdige, eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglicht.

Abs. 2

Er verwirklicht dieses Recht durch ein System der sozialen Sicherung und gewährleistet insbesondere eine soziale Mindestsicherung für Menschen, die im häuslichen Bereich Kinder erziehen oder für andere sorgen, für Alte, Kranke, Pflegebedürftige, Erwerbsunfähige, Obdach- und Mittellose.“

Weitere Kommentare überflüssig. Soziale Sicherheit für „Obdach- und Mittellose“ — was ist das?

3. Streikrecht, Verbot der Aussperrung

Hier ist der DGB unzweideutig. Er verlangt, in Artikel 9 des Grundgesetzes einen neuen Absatz 4 aufzunehmen, der lautet:

„Das Streikrecht wird gewährleistet. Die Aussperrung ist verboten.“

4. Gegen Beamtenrecht

Auch bei seiner Forderung nach Aufhebung des Berufsbeamtentums und der damit verbundenen „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ ist der DGB klar. Er verlangt, Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes, in dem diese reaktionären Grundsätze festgeschrieben sind, ersatzlos zu streichen und stattdessen ausdrücklich in Art. 33 Abs. 4 das allgemeine Tarif- und Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst festzuschreiben.

5. Gewerkschaftsrechte in kirchlichen Betrieben

Bekanntlich sind hunderttausende Beschäftigte in der BRD elementarster Rechte beraubt, weil sie in kirchlichen Betrieben lohnabhängig sind und dort reaktionären kirchlichen Sonderansprüchen ausgesetzt sind. Dagegen verlangt der DGB die Aufnahme einer speziellen Bestimmung in Artikel 140 GG, die fest schreibt:

„Der soziale Schutz kirchlicher Mitarbeiter muß dem des allgemeinen Arbeits- und Sozialrechts gleichwertig sein. Reli-

gionsgemeinschaften und ihre Einrichtungen können sich demgegenüber nicht auf kirchliche Besonderheiten berufen.“

6. Gleichstellung von Männern und Frauen

Hier ist auffällig, daß der DGB zwar eine Neufassung von Artikel 3 Grundgesetz verlangt („Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“) aber gerade nicht als eine allgemeine Stärkung des Verbots von Diskriminierungen. Stattdessen beschränkt sich der DGB auf eine Ergänzung von Abschnitt 2 (Frauen und Männer sind gleichberechtigt) um u.a. folgende Formulierung:

„Maßnahmen zur Förderung von Frauen zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind zulässig.“

7. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Hier finden sich u.a. die Forderung, in Artikel 6 GG aufzunehmen

„den Ausbau von Einrichtungen der Kinderbetreuung, Ganztagschulen und die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen.“

8. Recht auf Bildung, Asylrecht, Ausländerwahlrecht

Weitere Rechte, mit denen der DGB sich gegen aktuelle Tendenzen staatlichen Handelns wendet und Rechte von Lohnabhängigen verteidigt, sind seine Forderungen nach einem Recht auf Bildung, nach Beibehaltung der geltenden Formulierung des Asylrechts und nach einem kommunalen Ausländerwahlrecht — unabhängig davon, ob die ausländischen Wahlberechtigten aus EG-Staaten oder anderen Staaten kommen. Weitere Rechte, für die sich der DGB einsetzen will, sind: Das Recht „auf angemessenen Wohnraum“ (s.o.), das Recht auf „umfassende Mitbestimmung“, auf „Schutz vor Gefahren risikobehafteter Forschung“, das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ (ohne daß hier auch nur ein Wort der Kritik am Ausbau von Polizei- und Geheimdienstkompetenzen fällt), und das Recht auf „Schutz nationaler und ethnischer Minderheiten“, worunter ausdrücklich nur Dänen und Sorben verstanden werden. Unter „Sicherung des Friedens“ findet man nur die Forderungen nach dem Verbot von Massenvernichtungsmitteln und nach Verbot von Waffenausfuhr in Staaten, die mit der BRD nicht verbündet sind. Schließlich wünscht der DGB die Zulassung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid auch auf Bundesebene und einen Volksentscheid über die geänderte Verfassung.

Quelle: DGB, Leitlinien und Argumente zur Verfassungsdebatte in Deutschland, Düsseldorf, Juli 1992

Seehofers Strukturgesetz: Angriff auf selbständige Ärzte

Ein wesentlicher Bestandteil von Seehofers Gesundheitsreformplänen besteht in verschärfter Kontrolle niedergelassener Ärzte und Zahnärzte. Sie wird am meisten ausgeschlachtet, obwohl hier bei weitem nicht die meisten Kosten entstehen. Seehofer hofft auf Unterstützung aus SPD- und Gewerkschaften, die schon immer Angriffe auf selbständige Ärzte und Zahnärzte mitgetragen haben.

Angedroht werden Strafmaßnahmen bei zu teurer Verordnung von Medikamenten, Massagen und physikalischer Therapie. Zweitens wird die Freiheit der Niederlassung als Kassenarzt beschnitten. Seit 1960 kann jeder approbierte Arzt oder Ärztin relativ problemlos die Niederlassung als Kassenarzt betreiben. Seehofer argumentiert, der Bedarf an Niedergelassenen sei gedeckt, die zunehmende Ärztdichte verursache Kosten. Deshalb soll in Gegenden mit hoher Ärztdichte eine Niederlassungsbeschränkung erfolgen, Voraussetzung eine abgeschlossene Weiterbildung sein.

Die scheinbare Logik trügt: Die unmenschliche Organisation der Produktion und Reproduktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern verursacht

zunehmende gesundheitliche Schäden. Der schlechte Gesundheitszustand erfordert umfangreiche Diagnostik und Behandlung und damit viel Zeit und Geld. An den Hochschulen findet eine Auseinandersetzung um diese Probleme kaum statt, aber viele Ärztinnen und Ärzte bilden sich in diesem Bereich sehr intensiv weiter, in ihrer Freizeit und auf eigene Kosten. Um die Patienten gut versorgen zu können, brauchen sie Zeit. Lange Arbeitstage (bis zu 12 Stunden und mehr), dauernde Erreichbarkeit Tag und Nacht, starke seelische Belastung, viel Arbeit am Wochenende sind die Regel. Verheiratete Frauen mit Kindern können den Beruf kaum ausüben, die Selbstmordrate unter Ärztinnen ist dreimal so hoch wie bei der Durchschnittsbevölkerung.

Seehofer will die Zulassung zur Kassenpraxis mit Erreichen des 65. Lebensjahres einziehen. Dies dürfte für viele Niedergelassene kein Problem sein: Haben früher alte Hausärzte ihre Praxis ohne wesentliche gesundheitliche Beeinträchtigung weiterführen können, so geben heute viele ihre Kassenpraxis schon vor Erreichen des Rentenalters auf. So muß

man auch die Kampfkationen vor allem der Zahnärzte verstehen, weniger als Angriff auf die Krankenversicherung, vielmehr eine Art Verzweiflungstat. Zahnärzte haben sehr anstrengende Arbeit, sind hohem Infektionsrisiko und Schadstoffen ausgesetzt. Ihre Lebenserwartung beträgt deshalb im Durchschnitt nur 56 Jahre.

Anläßlich der geplanten Maßnahmen hat der Vorstand der Bundesärztekammer einen außerordentlichen Ärztetag für September einberufen. Die Ärztekammer erklärt, die „planwirtschaftlichen Kostendämpfungsmaßnahmen der sozialliberalen Koalition“ würden durch Seehofer noch übertroffen. Mit solchen Äußerungen schafft sich die Kammer viele Feinde insbesondere bei Gewerkschaften und SPD. Entgegen deren Behauptungen ist das Ziel der Arbeit in niedergelassener Praxis nicht der Gewinn, sondern eine gute Patientenversorgung bei angemessener Bezahlung. Die Ärzte-Empörung speist sich hieraus und richtet sich gegen Überarbeit und schrofte Staatskontrolle. Hier wären Gemeinsamkeiten mit Gewerkschaften möglich und bitter nötig. — (elf)



Immer mehr in den Ost-Bundesländern ansässige Unternehmen verlassen die Arbeitgeberverbände, um so aus der Tarifbindung auszubrechen und untertarifliche Löhne zahlen zu können. Das hat der DGB Ende Juli festgestellt. So gehören 60 Prozent der Unternehmen in der Druckbranche in den Ost-Ländern nicht dem Arbeitgeberverband an. Im Bereich Holz und Kunststoff sind 40 Prozent der Unternehmen nicht tarifgebunden. Von den 250 Tarifverträgen im Nahrung-Genuß-Gaststätten-Bereich sind die Hälfte Haustarifverträge. Unter den nicht tarifgebundenen Ost-Unternehmen sind keineswegs nur „Ost-Unternehmen“, sondern in bedeutendem Umfang auch Ost-Niederlassungen von West-Konzernen, die auf diese Weise die Tarifverträge gezielt außer Kraft setzen bzw. zu umgehen versuchen. Bild: af/mz

Die Beteiligung der „Bayern“ an dem NATO-WEU-Flotteneinsatz in der Adria folge der Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes, wonach Deutschland „als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft dem Frieden in der Welt zu dienen“ habe, hat der FDP-Fraktionsvorsitzende Solms in der vergangenen Woche bei der Sondersitzung des Bundestags über die Entsendung des Schiffes in die Adria behauptet. Auch die anderen Redner der Regierung gaben sich in der Debatte unbeeindruckt durch die Kritik der Opposition und die angekündigte Verfassungsklage. Ein Spruch des Verfassungsgerichts sei frühestens in Jahresfrist zu erwarten, spottete FDP-Sprecher Solms. Tatsächlich hatte die SPD schon in den Tagen vor der Sondersitzung ihre Kritik an der Bundesregierung Zug um Zug zurückgenommen. Auch hatten sich zahlreiche Verfechter eines Militäreinsatzes auf dem Balkan auch in der SPD zu Wort gemeldet. Der SPD-Abgeordnete Soell etwa, gleichzeitig Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung der WEU, forderte ausdrücklich eine NATO- bzw. WEU-Intervention in Jugoslawien. Horst Ehmke, das Präsidiums-Mitglied Dreßler, zugleich Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, der „Verteidigungsexperte“ Horn sowie der nordrhein-westfälische Sozialminister Heinemann forderten sogar ausdrücklich eine Korrektur des letzten Parteitagebeschlusses, wonach die SPD nur „Blauhelm-Einsätze“ der Bundeswehr mittragen werde. Sprecher des „Seeheimer Kreises“ in der SPD wiesen genüßlich darauf hin, daß sowohl Parteichef Engholm wie Fraktionschef Klose auf dem letzten Parteitag gegen den Blauhelm-Beschluß aufgetreten seien. Unter dieser massiven Kritik hatte der Fraktionsvorsitzende bereits vor der Sondersitzung auf eine einstweilige Anordnung vor dem Verfassungsgericht verzichtet. „Wenn Klose, Engholm und Co. sich richtig quälen, soll die ganze Nation teilhaben dürfen“, spottete FDP-Sprecher Irmer daraufhin im Bundestag. CDU-Fraktionschef Schäuble wertete die kommende Entscheidung des Verfassungsgerichts als eine in jedem Fall „nützliche Klarstellung“. Die Zeitung *Handelsblatt* setzte nach und kritisierte zynisch, die SPD habe doch schon vielen Einsätzen der Bundeswehr zugestimmt: „Die SPD muß sich vor allem die Frage gefallen lassen, warum sie nicht schon Anfang 1991, als deutsche Soldaten in die Türkei geschickt wurden, vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist. Auch als es um den Einsatz von Sanitätssoldaten der Bundeswehr in Kambodscha ging, stimmte die SPD zu. Jetzt aber, da es um einen beobachtenden Einsatz der Bundesmarine in internationalen Gewässern geht, sollen die Richter entscheiden? Das alles paßt nicht zusammen.“ (21. 7. 1992)

Regierung: Kriegseinsatz auf dem Balkan wird propagiert als „Dienst am Frieden“

Das dreiste Auftreten der Regierung, der Streit in der SPD und die Tatsache, daß sich selbst sonst strikt auf Wirtschaftsfragen beschränkende Blätter wie das *Handelsblatt* offen für eine Balkanintervention aussprechen, dokumentieren, in welch gefährlichem Ausmaß sich die BRD-Bourgeoisie ihres Kriegskurses auf dem Balkan einig und sicher ist. Das — in der Kontinuität entsprechender „Flüchtlingskampagnen“ bei Gelegenheit der Zerstörung der DDR — gemeinsam mit Italien, Österreich und der kroatischen Regierung inszenierte „Flüchtlingsdrama“ soll die öffentliche Meinung in der BRD weiter für eine direkte gewaltsame Intervention auch durch Bundeswehrheiten reif machen. Die Medienlenkung funktioniert, alle „störenden“ Meldungen wie Beteiligung deutscher Neofaschisten auf kroatischer Seite in dem Krieg, BRD-Waffenlieferungen, Hilfe für das kroatische Regime usw. werden sorgsam ausgeblendet. Die Kritik an der UNO, um diese zu einer Pro-Interventionsentscheidung gegen die jugoslawische Republik zu treiben, hat bereits begonnen. Wie zynisch diese sogenannte „Flüchtlingshilfe“ in Szene gesetzt wird, dokumentiert beispielhaft die nordrhein-westfälische Landesregierung: Zeitgleich mit der Aufnahme von 1000 Flüchtlingen setzte sie die Abschiebung von Sinti und Roma aus NRW nach Jugoslawien ungeniert fort.

An verschiedenen Orten gibt es von Antifaschisten, Antimilitaristen und anderen fortschrittlichen Kräften Vorbereitungen, zum Antikriegstag Propaganda und Aktionen gegen den Kriegskurs der BRD im jugoslawischen Bürgerkrieg durchzuführen.

Wir dokumentieren auf dieser Seite Pressemeldungen über die Kriegshetze und Kriegsbeteiligung der BRD. Das Protokoll der Bundestagssitzung zum Adria-Einsatz lag bei Redaktionsschluss — sechs Tage nach der Debatte — immer noch nicht vor. Auch dies ist ein Beispiel, wie weit die öffentliche Gleichschaltung bereits gediehen ist. — (rül)

Probleme und Geschichte des Partisanenkriegs

„Der britische Premier John Major ist von uns Journalisten letzte Woche beim KSZE-Gipfel gefragt worden, warum der Westen den Völkermord in Bosnien-Herzegowina nicht mit einer Landeoperation stoppt. Er gab eine aufschlußreiche Antwort: „Die militärischen Experten haben gewarnt, daß der Einsatz von Landstreitkräften wegen des schwieri-

gen Geländes (bewaldete Hügel) sehr riskant ist. Und einmal eingedrungen, wäre es schwierig, die Stellungen zu halten. Selbst der Rückzug könnte höchst riskant werden.“

NATO-Generalsekretär Wörner bestätigte mir diese Einschätzung: „Außerdem ist in dem großen Durcheinander, das um Sarajevo herrscht, schwer zu erkennen, wer gegen wen kämpft. Zum Teil tragen die Gegner die gleichen Tarnanzüge. Auch wenn es uns gelänge, die Serben von den umliegenden Höhen zu vertreiben, bliebe die Gefahr, daß sich der Westen in einen langen, verlustreichen Partisanenkrieg verstrickt. In dieser Kriegführung sind die Serben Meister. Im zweiten Weltkrieg waren bis zu 20 deutsche Divisionen durch Partisanenkämpfe gebunden.“

Bild, 17. Juli 1992

„Naumann (Generalinspekteur der Bundeswehr, Anm. d. Red.) wandte sich ausdrücklich gegen Forderungen nach einem militärischen Eingreifen des Westens zur Beendigung des Krieges in Bosnien und Herzegowina. Er werde niemals dazu raten. Wenn man die Ursachen des Konflikts analysiere, komme man sehr schnell zu dem Ergebnis, daß er militärisch nicht lösbar sei.“

Zugleich sprach der General die Befürchtung aus, daß die militärischen Mittel der Serben für eine noch sehr lange Kriegsführung ausreichen. Die ehemalige jugoslawische Volksarmee habe sich auf ein partisanenähnliches Verteidigungskonzept auf dem eigenen Territorium vorbereitet, mit den Schwerpunkten in Bosnien, Herzegowina und Serbien. Dort habe sie umfangreiche Vorratslager angelegt, die sie jetzt voll ausnützen könne. Hinzu komme, daß der Munitionsverbrauch bei der Art der serbischen Kriegsführung minimal sei.“

Die Welt, 27. 7. 1992

Faschisten in Kroatien: Kein Presse-Thema

„... Zagreb scheint sich ... zum Meka westeuropäischer „Rechts-Parlamentarier“ zu entwickeln. Anzutreffen waren in Kroatiens Hauptstadt unter anderem rechtsextreme Führerfiguren wie Jean Marie Le Pen (Front National, Frankreich), Harald Neubauer (Deutsche Liga) — beide im Mai 1991 — und im Januar 1992 Filip Dewinter mit Fraktionskollegen vom belgischen Vlaams Blok. Die Solidarität mit Kroatien beschränkt sich sich jedoch nicht nur auf parlamentarische Reisen, sondern versteht sich auch explizit auf militärische Unterstützung vor Ort. Im Monatsheft

„Der Freiwillige. Für Einigkeit und Recht und Freiheit“ (Nr. 2/92), Organ der „Traditionsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG)“, wird mitgeteilt, daß eine „Niederländisch-Kroatische Arbeitsgemeinschaft“, die aus ehemaligen Kadern der Niederländischen Armee mit Kampferfahrung im Libanon, Korea und Indonesien besteht, Söldner für die Kroatische Armee wirbt. Betont wird, daß „die serbischen Kommunisten konkret mit der Waffe in der Hand“ bekämpft werden müssen.

Bezüglich einer Beteiligung von „Deutschen Fremdenlegionären in Jugoslawien“ (Drucksache 12/2306) antwortete die Bundesregierung am 14. April dieses Jahres (Drucksache 12/2438) auf eine Kleine Anfrage der PDS: „Der Bundesregierung liegen Anhaltspunkte vor, daß einzelne deutsche Staatsangehörige in die Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien verwickelt waren beziehungsweise sind.“ Bei ihren Angaben bezieht sich die Bundesregierung auf einen Angehörigen der kroatischen Nationalgarde, der ausgesagt hatte, daß in ihren Reihen circa 30 deutsche Staatsangehörige als Ausbilder tätig seien. Die Unterstützung bundesdeutscher Neonazis im Kampfgebiet von Kroatien dokumentiert ein Leserbrief eines deutschen Legionärs, der in der Juli/August (92) Ausgabe von „The New Order“, dem englischsprachigen Organ der weltweit im Untergrund operierenden „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO, Sitz: Lincoln, Nebraska) veröffentlicht ist ...

Eigens ins bayerische Passau ange-reist, um an der diesjährigen Kundgebung (Motto: „Deutschland, Deutschland über alles“) der „Deutschen Volksunion“ (DVU) am 14. März teilzunehmen, war Vesna Pichler, deutsche Abgeordnete im kroatischen Parlament und Vorsitzende des 10000 Mitglieder umfassenden „Verbandes der Deutschen und Österreicher in Kroatien“ mit Sitz in Osijek. Parteipolitisch ist Pichler in der „Kroatischen Demokratischen Partei“ (HDS) (der auch Regierungschef Tudjman angehört, Anm. d. Red.) engagiert. Vizepräsident der Regierungspartei HDS ist Josip Cvitan, ehemals Hauptmann in der deutschen Wehrmacht, der heute auch als Leiter des „Deutsch-Kroatischen Freundschaftsvereins“ (Sitz: Zagreb) fungiert ...

Blick nach rechts, Nr. 16, 20. Juli 1992

Unionsforderungen nach einem „militärischen Schlag“

„Schäubles Stellvertreter im Fraktionsvorsitz, der Mainzer Abgeordnete Johannes Gerster, ging in einem Rundfunkinterview auf die Möglichkeit eines bewaffneten Schlages gegen die serbischen Streitkräfte in Bosnien ein. Im Hessischen Rundfunk sagte Gerster, „wenn ein Angriff, dann schnell“. In diesem Fall sei ein gezielter Schlag gegen die Luftwaffe, die Flugplätze und die Raketenbasen der Serben notwendig. Die Entscheidung über einen solchen Angriff könne aber nur von den Vereinten Nationen getroffen werden. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lamers, forderte einen Militäreinsatz zum Schutz der Menschen in Bosnien-Herzegowina, wenn die Kämpfe dort nicht aufhörten. Falls die serbischen Verbände das Feuer bis Mitternacht des Dienstags nicht einstellen sollten, müßten die EG-Außenminister einen „schnellen Militäreinsatz“ vorbereiten. Unter UN-Kommando sollten dann alle serbischen Artillerie-Stellungen vernichtet, ein Landkorridor zur Küste errichtet und der Flughafen Sarajevo freigemacht werden. Auch der CSU-Landesgruppenchef Bötsch sagte, ein Eingreifen der Staatengemeinschaft sei dringend geboten.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Juli 1992

„Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Gerster hat am Donnerstag in Bonn seine bereits am Vortag geäußerte Ansicht bekräftigt, die Aggression Serbiens in Bosnien-Herzegowina müsse durch Anwendung militärischer Gewalt bekämpft werden ... Die Frage, ob er für den Einsatz der Bundeswehr

sei, beantwortete Gerster mit zwei Feststellungen. Zum einen sagte Gerster, er könne nicht für einen Bruch der Verfassung eintreten. Dann fügte er hinzu, für den Fall, daß die Vereinten Nationen einen militärischen Schlag gegen Serbien und Montenegro beschließen sollten, würden, was den Einsatz deutscher Streitkräfte bei solchen Aktionen angehe, „die Karten neu gemischt“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 7. 1992

Gegen Dritte Welt und UNO

„... Mit ihren westlichen Finanzbeiträgen versteht sich die Mehrheit der Vereinten Nationen als eine im wesentlichen außereuropäische Organisation zur Förderung der „Dritten Welt“. Generalsekretär Boutros-Ghali, der vor und nach seiner Wahl gerade in Westeuropa, vor allem in Bonn, mit Friedenslorbeeren reichlich bekränzt wurde, repräsentiert noch immer diese „Dritte Welt“ ... Im jugoslawischen Konflikt hat Ghali bisher die serbische Seite auffallend geschont ... Ist die alte Nasser-Tito-Solidarität aus der Epoche der Blockfreiheit heute noch virulent? Jedenfalls verdient die Politik des UN-Generalsekretärs im Krisenmanagement gegenüber den Serben viel kritische Beobachtung ...“

Ex-Verteidigungs-Staatssekretär Lothar Rühl in der Welt vom 25. 7. 1992

BRD-Kroatien: Waffen- und Flüchtlingshilfe von „alten Freunden“

„Hat Bonn in Jugoslawien bereits in der Form militärisch eingegriffen, daß es den UNO-Beschluß über das totale Waffenembargo verletzt und moderne Waffen an die kroatische Partei im Bürgerkrieg geliefert hat? Diese Frage muß dringend und rückhaltlos aufgeklärt werden, nachdem sowohl die spanische Zeitung *El Pais* als auch die *Washington Post* Ende Juni entsprechende Berichte veröffentlicht haben. Nach den Angaben von *El Pais* sind in den Kämpfen um Sarajevo von kroatischer Seite Messerschmidt-Haubitzen 205 mm sowie fünfzig bis sechzig Kampfpfanzern „Leopard“ eingesetzt gewesen, die aus der Bundesrepublik geliefert worden sind. Die *Washington Post* präzisiert in ihrem Bericht, daß die Zahl der gelieferten Messerschmidt-Haubitzen bei 150 Stück lag und es sich dabei um äußerst moderne, auf Ketten bewegte Selbstfahrgeschütze handelt, deren Abschuß rechnergesteuert erfolgt. Diese Waffen seien, wie die US-Zeitung, schreibt, vor vier Monaten von den Kroaten in Bonn gekauft worden. Die Zeitung beruft sich dabei auf Informationen von einem politischen Berater des bosnischen Präsidenten Alija Isethovic.“

Unsere Zeit, 17. Juli 1992

„Sowohl in der Koalitionsrunde als auch im Kabinett kam man überein, winterfeste Unterkünfte für 20000 Flüchtlinge aus Bosnien in den Nachbarrepubliken Kroatien und Slowenien zu bauen. Dafür sind 50 Millionen DM vorgesehen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 7. 1992

„... Lediglich Italien und Österreich sind bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die zu mehreren Tausenden in Zügen ausharren. Zwischen den drei Regierungen in Bonn, Rom und Wien wurde abgesprochen, die Flüchtlinge zu je einem Drittel zu verteilen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 7. 1992

Hetze für Krieg und Waffenhilfe

„... Dies müßte — erstens — bedeuten, daß Serbien und Montenegro vom Welt-sicherheitsrat und der Klarstellung halber, auch von der EG als Aggressoren bezeichnet sowie faktisch als Kriegsgegner behandelt würden ... Des weiteren sollten die zivilisierten Staaten übereinkommen, uneingeschränkte Waffenlieferungen an Bosnien-Herzegowina und Kroatien freizugeben ... Drittens müßte ernsthaft versucht werden, Serbien ... in die Knie zu zwingen ... Zudem sollten die zivilisierten Staaten — viertens — brüsk von der Idee eines Verhandlungsfriedens abgehen ...“

Die Welt, 28. 7. 1992



So propagiert *Bild* den Einsatz der „Bayern“. Antwort auf die selbstgestellte Frage: „Allein mit ihren vier Exocet-Raketen hat „Bayern“ die Feuerkraft des deutschen schweren Kreuzers „Prinz Eugen“ aus dem zweiten Weltkrieg.“ (aus: *Bild*, 17. Juli 1992)

Kontinuität: Propaganda gegen den serbischen Feind

RICHTLINIEN FÜR DIE BEHANDLUNG VON FRAGEN DER PROPAGANDA GEGEN JUGOSLAWIEN (Berlin 28. 3. 41 — d. Verf.):

... a.) Gegner Deutschlands ist ausschließlich die serbische Regierung ... die ... den Kampf gegen Deutschland entfesselt hat. b.) Da die Serben gegenüber den nichtserbischen Volksgruppen Jugoslawiens, vor allem gegenüber den Kroaten und Mazedoniern, stets eine rücksichtslose Diktatur ausübten, ist ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, dass die deutsche Wehrmacht zu den Kroaten, Bosnern und Mazedoniern nicht als Feind ins Land kommt. Sie will sie vielmehr davor bewahren, von den serbischen Chauvinisten ... hingeschlachtet zu werden ...

„... Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge

so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen.“

Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradzustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt ...“

(Adolf Hitler, Rede vor der deutschen Presse am 10. November 1938)

Dokumentiert aus: Andreas Meurer, Hardy Vollmer, Hunno Hochberger, *Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg, Hintergründe, Methoden, Ziele*, GNN-Verlag, Köln, Juli 1992, 56 Seiten, 6,00 DM.

In Südafrika findet ein Völkermord an Afrikanern statt — die UN soll eingreifen

Am 15. Juli beriet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Antrag der Afrikanischen Gruppe in der UNO und der OAU über die Lage in Südafrika/Azania. Ein Ergebnis der Debatte ist die Entsendung des früheren US-Außenministers Vance als UN-Beauftragter nach Südafrika. Vance soll in Gesprächen mit allen am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende des Terrors erreichen helfen. Wir dokumentieren im folgenden aus der Rede von Clarence Mlamli Makwetu, Präsident des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), die er während der zwei Tage dauernden Sondersitzung gehalten hat. Die Sondersitzung wurde erstmals vollständig im südafrikanischen Fernsehen übertragen. — (uld)

Das Massaker von Boipatong ist nur die Spitze des Eisbergs

Die Euphorie, die die scheinbar wunderbaren Reformankündigungen von Mr. F. W. de Klerk hervorgerufen hatten, mußte in der internationalen Gemeinschaft ernüchterten Bedenken und ernsthaften Fragen nach seinen wirklichen Motiven weichen. Die Euphorie wurde hervorgerufen durch die Aufhebung des Banns gegen den PAC und andere Organisationen und durch die Beseitigung einiger Gesetze. Mr. de Klerk wurde nach seinem Schönwettergesicht beurteilt und bekam Beifall. Er erhielt bevorzugte Behandlung, wo immer er hinkam.

Meine Behauptung ist, daß Mr. de Klerk von Anfang an seine innerste Auffassung niemals geändert hat. Er ist durch den doppelten Druck des wachsenden inneren Widerstands und die internationale Isolierungskampagne, die wirtschaftliche Strafsanktionen einschloß, gegen seinen Willen gezwungen worden, eine reformerische Haltung einzunehmen. Kurz, die Reformen waren kein Ergebnis eines ernsthaften demokratischen Willens, sondern das Regime mußte sich auf sie einlassen, um sich selbst aus der Isolierung zu befreien. Diese Sondersitzung des Sicherheitsrats ist notwendig, weil — im Gegensatz zur Auffassung einiger Regierungen — die Aufhebung des Drucks den leidenden, unterdrückten Massen nicht geholfen hat, sondern dem mörderischen Regime in die Hände spielte.

Mr. de Klerk hat zur selben Zeit Reformen angekündigt und eine nie gekannte Welle der Gewalt angezettelt: 7000 Menschen sind seit dem 2. Februar 1990 gestorben. Laut einer Pressekonferenz, die der Generalmajor L.C.A. Pruis am 9. Juli 1992 durchführte, erwarten die südafrikanischen Sicherheitskräfte ein Ansteigen der Gewalt in den nächsten sechs Monaten.

In Südafrika geschieht ein Völkermord an Afrikanern. Das Massaker von Boipatong, bei dem mehr als 51 unbewaffnete Frauen, Kinder und Männer am 17. Juni 1992 umkamen, ist kein isoliertes Unglück. Es ist nur die Spitze des Eisbergs. In diesem Massaker wurden das neun Monate alte Baby Aron Mathope und eine 85jährige Großmutter, Frau Elizabeth Ndamase, aus kurzer Entfernung erschossen und brutal niedergemetzelt. Schwangere Frauen wurden getötet. Die Täter dieses Verbrechens sind in Fahrzeugen des südafrikanischen Regimes transportiert worden.

Nach Angaben der zensierten Medien sind seit September 1984 über 12000 Menschen getötet worden und mehr als 7000, seit sich die Klerk die Führung unseres Landes angemahnt hat. Seit 1990 sterben täglich durchschnittlich sieben Afrikaner. Allein 1990 starben also im Durchschnitt 2920 Menschen.

Unsere Menschen werden täglich in beträchtlicher Zahl getötet. Ich möchte hervorheben, daß das Unglück von Boipatong nur ein Mord aus einer Reihe von täglich aus politischen Gründen stattfindenden Morden ist, die das rassistische Regime verübt. Die Weigerung, die Spezialeinheiten aufzulösen, und das Beharren auf dem Einsatz von Söldnertruppen, wie den früheren Mitgliedern von Koevoet, dem Buffalo Bataillon 32, den Askaris, den Selous Scouts, der Black-Cat-Bande und die andauernden Geheimoperationen bestätigen nur das allgemeine Mißtrauen.

Die Erklärung des de-Klerk-Regimes von letzter Nacht, daß es das Buffalo Bataillon 31 und 32 und Koevoet auflösen will und daß diese Leute integriert werden sollen in bestehende Polizeikräfte, ist eine neue Masche des Regimes, um die Weltmeinung in die Irre zu führen. Dabei will es auch noch den Anschein erwecken, es habe unseren Forderungen nachgegeben. Dies ist nicht der

Fall. Diese Söldnertruppen werden Bestandteil der Sicherheitskräfte des Regimes bleiben und solche Integration ist weit entfernt von unserer legitimen Forderung nach der sofortigen und nachprüfbarer Entlassung dieser Sicherheitskräfte.

Wenn man die Taten des Regimes einschätzen will, muß folgendes berücksichtigt werden:

— Keine einzige Person ist bis jetzt in Verbindung mit den 49 Massakern, die in den letzten zwei Jahren in Transvaal passiert sind, überführt worden.

— Ironischerweise ist das Massaker von Trust Feeds im Dezember 1988 der einzige Fall, wo Verurteilungen gesichert werden konnten. Diese Verurteilten sind Polizisten.

— Bis jetzt sind keine Schritte unternommen worden, um den Kopf der forensischen Polizeilabors, Gen. Lothar Neethling, zu suspendieren, nachdem in einem Zivilprozeß vor dem Obersten Gerichtshof im Januar letzten Jahres festgestellt wurde, daß wahrscheinlich wahr ist, daß er in die Vergiftung von Aktivisten verwickelt war. Obwohl die Harms-Kommission herausgefunden hat, daß einige CCB-Mitglieder in poli-

Der PAC fordert den Sicherheitsrat auf, das südafrikanische Regime in einer Resolution aufzufordern, die andauernde Rekrutierung von Einwanderern zu stoppen, bis es einen „grundlegenden und unwiderrufbaren Wandel“ in Südafrika gibt und bis eine demokratisch gewählte Regierung an der Macht ist.

Azania ist kolonisiert, die UNO muß die Krise beilegen helfen

Der Pan Africanist Congress of Azania hat als erster den Ruf nach internationaler Beteiligung zur Beilegung der Krise in Azania erhoben. Das Regime lehnt weiterhin bedeutende und effektive internationale Beteiligung ab, mit der Begründung, das internationale Beteiligung einer souveränen Staatsbedeutung oder die Souveränität des Staates untergrabe. Das Regime bezieht seine Souveränität aus den de-facto bestehenden Beziehungen mit verschiedenen Ländern, abhängig von verschiedenen internationalen Darlehen.

Die nackte Wahrheit ist jedoch, daß die afrikanischen Einheimischen Azanias kolonisiert worden sind und bis zum

als Dekolonisierung bezeichnet worden. Die Wahrheit ist, daß unsere Souveränität, die unsere heroischen Könige wie Hintsa, Dingane, Moshoeshoe, Sekhukhuni, Adam Kok, Königin Mmathathise und andere besaßen, usurpiert bleibt und wir unter fremder rassistischer Minderheitsherrschaft verbleiben.

Das Südafrika-Problem ist ein internationales Problem. Es beinhaltet Kolonialismus und Apartheid. Kolonialismus ist eine Verletzung des allgemeinen Rechts. Für Apartheid gibt es die Konvention der Vereinten Nationen von 1973 über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid. Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Noch mehr, wie dargelegt wurde, gibt es Völkermord in Südafrika. Dieses Verbrechen ist verboten durch die Konvention der Vereinten Nationen von 1948 über die Verhinderung und Unterdrückung des Verbrechens des Völkermords.

Das letzte Referendum zeigt eindeutig, daß Südafrika immer noch rassistisch ist, daß lediglich 5% der Bevölkerung als Menschen anerkannt werden. Afrikaner haben noch immer keine Stimme und kein Land. Im Gegensatz zu den sogenannten Aufhebungen (der Landgesetze, d. Red.) ist 83,7% unseres Landes in der Hand von Weißen — und noch schlimmer, selbst das Land, das uns bereits 1936 versprochen wurde.

— Deshalb ist es Arroganz erster Klasse zu behaupten, Apartheid sei tot.

— Weniger als 5% des gesamten Kapitals gehört Afrikanern.

— Fünf bis sieben Millionen Afrikaner haben nicht genug zu essen.

— 50% der afrikanischen Kinder sterben, bevor sie fünf Jahre alt werden.

Deshalb kann der Legitimität unseres Kampfes für die Veränderung des Status quo nur die Illegitimität der derzeitigen Regierung entsprechen.

Der PAC und die enteigneten afrikanischen Massen sprechen hiermit eine förmliche Einladung an die Vereinten Nationen aus, eine internationale Kommission nach Südafrika zu senden, die Untersuchungen durchführen soll und Maßnahmen ergreifen soll, die ein tatsächliches Ende der Gewalt bringen können aus folgenden Gründen:

— Die Gewalt dauert an, unmenschlich, störend und zunehmend, ohne daß ein Ende in Sicht ist.

— Das Nationale Friedensabkommen hat versagt, es hat die Gewalt nicht eingeschränkt oder gezügelt, es kann kein Ende der Gewalt bewirken. Das Nationale Friedenskomitee hat alle seine Karten ausgespielt und sitzt da und rauft sich die Haare. Es ist bezeichnend, daß diejenigen, die sich gegenseitig der Gewalt bezichtigen, beide das Abkommen unterzeichnet haben und beide mit seiner Überwachung beauftragt sind. Diese Leute haben versagt.

— Das südafrikanische Regime und seine Agenturen, die das Friedensabkommen unterzeichnet haben, sind in die Gewalt verstrickt, zum Teil durch eigene Agenten wie die Black Cat-Gang, die selbst eingestand, daß sie sich darin übt, unsere Menschen zu ermorden. Außerdem hat das Regime dabei versagt, bedeutende Schritte für die Beendigung der Gewalt zu unternehmen, und es hat in einem marktschreierischen Versuch, die Beteiligung der Vereinten Nationen bei der Beendigung der Gewalt zu verhindern, die Goldstone-Kommission mit ein paar ausländischen Gesichtern versehen. Die Vereinten Nationen müssen eine internationale Kommission einrichten. Die Kommissionen des Regimes, einschließlich der Goldstone-Kommission, sind unfähig, den Völkermord, der an den Afrikanern in Südafrika begangen wird, zu untersuchen. Das sogenannte „neue Südafrika“ ist zu einem Feld verrottender Leichen, weinender Waisen und Witwen, umringt von Särgen, geworden.

Ich habe keine andere Wahl, als den Sicherheitsrat aufzufordern, das südafrikanische Regime für seine Verwicklung in die Gewalt zu verurteilen, sowohl wegen seiner Handlungen wie auch wegen seiner Unterlassungen.

Schon jetzt, während ich spreche, ist das Problem internationalisiert durch die Einbeziehung von Söldnertruppen wie dem Buffalo Bataillon 32, das angolische und namibianische Koevoet-Banditen als Söldner aufnahm.

Fremde Söldner internationalisieren das Problem. Der Sicherheitsrat muß die Lösung internationalisieren. Die Vereinten Nationen sollten die Auflösung und Entlassung der fremden Söldnertruppen überwachen und die wahren Ursachen der Gewalt untersuchen, mit der Absicht, die Täter zu identifizieren und mit den Azaniern eine Lösung auszuarbeiten, die standhält. Der PAC ist bereit, umfassend mit einer solchen Kommission zur Gewalt zusammenzuarbeiten.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen das südafrikanische Regime durch Teile der internationalen Gemeinschaft war verfrüht. Ausgewählte und freiwillige Sanktionen sollten verstärkt werden und ein Moratorium über Sportkontakte sollte eingeführt werden, bis Frieden und Demokratie durch Wahlen erreicht worden sind. Am Ende sollte dieses Treffen den UN-Generalsekretär ermächtigen, einen neutralen Ort und Vertreter der UN zu bestimmen, um schnell die Diskussion über und die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung einzuberufen, ihr vorzusitzen, sie zu überwachen und zu vermitteln.

Die unmittelbare Aufgabe der breiten Befreiungsbewegung in der jetzigen Phase des Kampfes ist der Transfer der politischen Macht an eine nichtrassistische, demokratische Mehrheit.

Das einzige legitime und demokratische Forum für solch einen Transfer der Macht und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ist eine Verfassunggebende Versammlung, gewählt auf der Basis einer Person, eine Stimme in einem einheitlichen Staat. Das jetzige Regime ist und kann kein Garant eines demokratischen Wechsels sein. Die Massen unseres Volkes sind es.

Unser Standpunkt zu Codesa ist allgemein gut bekannt. Bei der Einführung wandten wir ein und tun es immer noch, daß Codesa

— nicht repräsentativ und undemokratisch ist. Sicher für den ANC und SACP, ist das Forum vollgepackt mit Marionetten des Regime, die keine Unterstützung bei den Massen haben.

— Ihre Struktur ist so, daß jede Mehrheitsregierung blockiert wird, indem die Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung als kindisch hingestellt wird.

— Sie hat kein Mandat, eine neue Verfassung zu entwerfen, weder als Übergangs- noch als Endverfassung.

— Ihr fehlt die Neutralität, denn es gibt keinen neutralen Einberufer, Vorsitzenden und Vermittler.

— Sie hat eine Struktur, die fettleibig, aufgeblasen und ineffizient ist. Und schließlich:

— Ihr fehlt Transparenz, weil die Begleitung ihrer Verhandlungen durch die Medien und andere Formen der Berichterstattung fehlen.

Im Kielwasser des Scheiterns von Codesa ist der PAC in seiner Behauptung, das Codesa ein Kaleidoskop der politischen Intrige ist, bestätigt worden. Es ist nun eindeutig klar geworden, daß das Minderheitsregime nicht mit der guten Absicht verhandelt hat, eine tatsächliche Demokratie zu schaffen und entsprechend nicht darauf vorbereitet ist, die Macht abzugeben. Seine doppelte Absicht ist an Tageslicht gekommen, auf der einen Seite die Basis seiner Macht zu stärken und auf der anderen die Position der Befreiungsbewegung zu schwächen.

Der PAC hält konsequent an seinen Forderungen fest:

1. Demokratische Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll, müssen unverzüglich durchgeführt werden.
2. Das Regime muß zuvor zugestehen, daß das einzige legitime und demokratische Forum für den Transfer der Macht und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung eine Verfassunggebende Versammlung ist, die auf der Grundlage einer Person, eine Stimme und einem allgemeinen Wahlregister in einem einheitlichen Staat gewählt wird, die Delegierten hierfür sollen nach Verhältniswahlrecht gewählt werden.
3. Ein neu strukturiertes Forum, frei von den Mängeln, die Codesa hat, sollte einberufen werden, um vertrauensvolle Verhandlungen möglich zu machen, mit dem Hauptziel, die Macht an die demokratische Mehrheit zu überführen.



Die Hälfte der afrikanischen Babys stirbt, bevor die Kinder fünf Jahre alt sind.

tische Gewalt verstrickt sind, ist niemand angeklagt worden. 20 oder mehr CCB-Mitglieder werden weiterhin von der südafrikanischen Armee bezahlt.

Die südafrikanische Armee hat 1986 in einer offiziellen Operation in Namibia 200 Inkatha-Mitglieder ausgebildet, diese Leute wurden später in die Kwa-Zulu-Polizei aufgenommen. In beeidigten Aussagen haben einige dieser Ausgebildeten erklärt, daß sie für offensive Kriegsführung gedrillt wurden. Einige dieser Ausgebildeten waren später in den Natal-Terror verwickelt.

Eine Untersuchung der „Weekly Mail“ aus diesem Jahr enthüllte die Benutzung ungesetzlicher Methoden — einschließlich der Benutzung gefälschter Autokennzeichen, von denen einige Leuten mit gutem Ruf und Unternehmen gehörten —, um eine Polizeioption im Vaal zu decken.

Dieser ernstzunehmende Versuch, die afrikanische Bevölkerung zahlenmäßig zu reduzieren, findet statt vor dem Hintergrund massiver Rekrutierung weißer Einwanderer, insbesondere in osteuropäischen Ländern. Diese weißen Einwanderer sollen den Anteil der weißen Bevölkerung in Südafrika erhöhen.

Die Resolution Nr. 554 des Sicherheitsrates vom 17. August 1984 erklärte die Apartheid-Verfassung von 1983, die bis zur dieser Minute noch gültig ist, für „null und nichtig“. Einwanderer, die unter dieser Verfassung die Staatsbürgerschaft erreichen, sind illegal und ihre Staatsbürgerschaft kann nicht legal sein.

Tag dieses Treffens ihr Land und ihre nationale Souveränität nicht zurück erhalten haben. Unter diesen Umständen sind die Beschwörungen eines sogenannten „souveränen Staates“ nur Versuche, die Geschichte unseres Landes zu verdrehen und zu fälschen und das Völkerrecht im skandalösesten und größten Kolonialschwindel des 20. Jahrhunderts zu verbiegen. Azania wird erst dann ein unabhängiger und souveräner Staat sein, wenn die überwältigende, enteignete, einheimische afrikanische Mehrheit, deren Land kolonisiert wurde, die Kontrolle über ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung wieder erhält.

Azania wurde nach vielen nationalen Widerstandskriegen zu den vier separaten britischen Kolonien Natal, Cape, Transvaal und Orange River Colonie, bis am 20. September 1909 die Briten den South Africa Act ausriefen. Einer der Gründe für die Vereinigung der vier Kolonien zu „Südafrika“ war, daß damit bekämpft werden sollte, was die Kolonialisten „eingeborene Gefahr“ nannten — das ist die einheimische afrikanische Mehrheit.

Nach den kolonialen Historikern Fowler und Smith war „der Transvaal beschäftigt mit den Bapedi und Swazis, Natal mit den Zulus ... der Orange Freistaat mit den Basotho und die Kapkolonie mit dem Stamm der Xhosa“.

Südafrika wurde 1919 in den Völkerbund und 1945 in die Vereinten geschmuggelt. Die Mitgliedschaft in diesen Körperschaften ist fälschlicherweise

Türkei: Die Regierung pöppelt Neofaschisten

„Die Regierung Demirel pöppelt einen Neofaschisten auf“, unter dieser Überschrift berichtet die *Stuttgarter Zeitung* am 23. Juli über die massive Förderung des türkischen Faschistenführers Türkeş durch die Regierung Demirel. Zur Erinnerung: Türkeş, der schon in den vierziger Jahren aus seiner Bewunderung für Adolf Hitler keinen Hehl machte, ehemaliger türkischer Armeeoberst, war 1960 einer der führenden Männer des damaligen Militärputsches gegen die Regierung Menderes. Mitte der sechziger Jahre zum Führer der faschistischen Partei MHP aufgestiegen, begann er mit dem Aufbau der berüchtigten Jugendorganisation der „Grauen Wölfe“, einer paramilitärischen Kampftruppe, aus der u.a. der Papsttattäter Ali Agca hervorging. Für den Aufbau der „Grauen Wölfe“ war Hitlers SA ausdrücklich Vorbild. Mitte der 70er Jahre war die MHP mit Türkeş bereits einmal eine bedeutende politische Kraft in der Türkei. Die damalige Regierung (unter dem heute wieder amtierenden) Demirel war im Parlament auf die Türkeş-Partei angewiesen. Mitglieder der MHP stiegen zu dominierenden Positionen im türkischen Staats- und Militärapparat auf, Türkeş selbst zum Vizepremier. Schwerster Terror der „Grauen Wölfe“ gegen De-

mokraten und Revolutionäre, vor allem in Kurdistan, war an der Tagesordnung.

An diese Tradition will Demirel offenbar wieder anknüpfen. Mit Zustimmung von Staatspräsident Özal soll Türkeş das gesamte Vermögen der 1980 vorübergehend verbotenen MHP als *privates Eigentum* zurückerhalten. Gleichzeitig nimmt Demirel den Faschistenführer auf alle seine Reisen in die (ehemals zur SU gehörenden) zentralasiatischen Republiken mit. Türkeş und die türkischen Faschisten gehören schon lange zu den eifrigsten Propagandisten eines „großtürkischen Reiches“. Vielleicht bereitet Demirel so eine Neuaufgabe der alten Koalition zwischen ihm und den türkischen Neofaschisten aus den siebziger Jahren vor, falls die derzeit mit ihm koalierenden Sozialdemokraten zu „unsicher“ werden. Bei der letzten Abstimmung im türkischen Parlament über die Verlängerung des Ausnahmezustands in den kurdischen Gebieten halfen die Türkeş-Leute bereits der Regierung: Als mehrere Abgeordnete der (an der Regierung beteiligten) sozialdemokratischen SHP Bedenken wegen der Verlängerung des Ausnahmezustands äußerten, stimmten die Türkeş-Leute mit der Regierung und sicherten dieser so die erforderliche Mehrheit. — (rül)

Arbeiterprotest in Kroatien

In Kroatien entwickelt sich jetzt langsam der Widerstand gegen die Willkürherrschaft der alleinregierenden Partei HDZ und ihren Präsidenten, Franjo Tudjman. Im ganzen Land kursiert der *Aufruf der kroatischen Arbeiterwirtschaft an Parlament und Regierung*. Dieser Aufruf ist vom „*Bund der selbständigen Gewerkschaften*“ initiiert, der nach eigenen Angaben an die 660 000 Mitglieder hat. Der „Bund“ fordert in dem Aufruf eine *Anpassung der Löhne an die Preissteigerungsrate*, Steuerbefreiung für Löhne unter 15 000 Dinar (ca. 220 DM), die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, kostenlose ärztliche Versorgung für die Armen, und das Unterbinden der Praxis in Kroatien, daß Bezieher von Arbeitslosenunterstützung Strom und Gas abgestellt wird. Weiter fordern sie eine garantierte Mitentscheidung bei der Leitung der Betriebe und kostenlose Ausgabe von Aktien an die Arbeiter, um zu verhindern, daß die Betriebe an die Güstlinge des Tudjman-Clans verschachert werden. Es heißt dazu in dem Aufruf: „Es stimmt zwar, daß ein Teil der Aktien in Übereinstimmung mit dem Gesetz den Arbeitern verbilligt angeboten wird, doch unsere Realität sieht so aus, daß unsere Arbeiter lediglich vor

der Wahl gestellt sind, ob sie Brot oder Aktien kaufen wollen... Wir aber stellen die Frage: Weshalb sollen wir kaufen, was eigentlich unser ist. Wir lassen den billigen Ausverkauf dessen, was wir in jahrelanger Arbeit mühsam und unter Entbehrungen geschaffen haben, nicht zu.“

Bei einem Durchschnittslohn von 150 DM monatlich stoßen die Forderungen des „Bundes“ auf große Zustimmung. Im alten Jugoslawien lag der Durchschnittslohn im Zeitraum von 1965 bis in die 80er Jahre zwischen 500 bis 1 100 DM und betrug noch 1990 1 300 DM. Die kroatische Regierung versucht nun, mit allen Mitteln den Arbeiterprotest zu brechen. Welche Methoden dabei angewendet werden, beschreibt die angesehen kroatische Zeitung *Danas*: „Wenn der Widerstand der Justiz gegen staatliche Anordnungen bisweilen auch dadurch gebrochen wurde, daß man die Richter an die Front schickte, dann kann man sich vorstellen, wie man mit jenen verfahren wird, die versuchen, Gewerkschaftstribüne zu werden. Deshalb besteht eine der Forderungen der Arbeiter darin, das ihre Vertrauensleute gesetzlichen Schutz genießen sollen.“ — (hav)

Türkei: Staatsterror in kurdischen Gebieten

Die neue türkische Regierung setzt ihre Bemühungen fort, sich in Westeuropa ein „demokratisches“ Mäntelchen umzuhängen, um so Stockungen bei der Militär- und Wirtschaftshilfe aus der EG zu vermeiden. Daß in Wirklichkeit in den kurdischen Gebieten der Terror gegen die Bevölkerung ungebrochen weitergeht, dokumentieren die folgenden Berichte aus dem *Kurdistan-Rundbrief*.

So hindert die Gendarmerie im Gebiet um Diyarbakir die Saisonermtearbeiter daran, in Dörfern in der Gegend zu arbeiten, die keine „Dorfschützer“ haben, und versucht, sie mit Gewalt zur Arbeit in die „Dorfschützer“-dörfer zu schicken. Ein ehemaliger Offizier und der Gendarmeriechef von Kocaköy kontrollieren die Anwerbung und Einteilung der Saisonermtearbeiter.

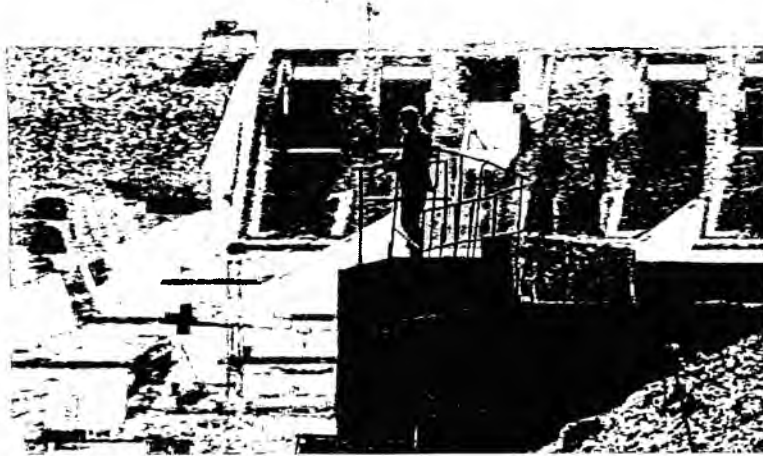
In der Nacht des 1. Juli führte die Gendarmerie in der Provinz Tatvan-Bitlis eine Operation durch, bei der der Lehrer Kerem Uğur, Nayif Altun, Hüseyin Çolak und Abdullah ohne Angaben von Gründen verhaftet und gefoltert wurden.

Der 45jährige Necip Odabaşı fuhr zu dem Staatsminister Mehmet Kahraman nach Ankara, nachdem er vom Militär

bedroht worden ist. Der Bauer aus dem zur Provinz Diyarbakir gehörendem Kreis Çermik wurde am 19. Juni in der Kreisstadt, wohin er gefahren war, um Einkäufe zu tätigen, von einem Offizier und von der politischen Polizei festgenommen und mit der Anschuldigung konfrontiert, er würde die PKK mit Lebensmitteln versorgen. Odabaşı, der dies zurückwies, wurde dann wieder freigelassen. Als er an der Bushaltestelle wartete, um in sein Dorf zurückzufahren, wurde er dann zum zweiten Mal auf die Wache geschleppt und mit Tritten und Schlägen mißhandelt. Sie versuchten ihn mit der Drohung, daß sie seinen Tod beschlossen hätten, wenn er nicht mit ihnen zusammenarbeitet, zu Agentendiensten zu zwingen.

Bei Operationen der Sicherheitskräfte in Muş-Malazgirt wurden 26 Menschen verhaftet, weil ihre Namen angeblich bei einem gefangenen PKK-Mitglied gefunden worden sein sollen. Zwei der verhafteten Bauern wurden schwer gefoltert. In Bismil wurden am 3. Juli 15 Menschen, darunter auch zwei zwölfjährige Kinder verhaftet und gefoltert. Quelle: *Kurdistan-Rundbrief* Nr. 16/92 — (rül)

Internationale Umschau



Mit einem pompösen Spektakel und in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Ehrengäste hat die türkische Regierung am vergangenen Wochenende den „Atatürk-Staudamm“ (Bild) eingeweiht. Der Staudamm soll den Euphrat auf Kilometern stauen, eine Stadt und 29 Ortschaften werden ganz, zwei Städte halb und 110 Dörfer teilweise überschwemmt werden, um die Türkei künftig mit billiger Energie zu beliefern. Der Staudamm, mitten in den kurdischen Gebieten gelegen, wird die Position der Großgrundbesitzer weiter stärken, weil nur sie das Wasser zahlen können. Tropenfachleute gehen bereits heute davon aus, daß der Damm das Klima verändern und die Region zu einer Brutstätte von Malaria-Fliegen machen wird. Zudem hat die Türkei angekündigt, daß sie auch künftig beanspruchen wird, die Wasserführung des Euphrat, der wichtigsten Wasserquelle Syriens und des Irak, zu kontrollieren. — (rül)

Slowakische Linke hofft auf EG

Die öffentliche Meinung in beiden Teilrepubliken ist deutlich gegen eine Auflösung der Tschechoslowakei. Deswegen sind die führenden Politiker sowohl der Tschechei als auch der Slowakei gegen ein Referendum über die künftige Verfassung. Jetzt zeichnet sich allerdings ab, daß es auch in den Parlamenten unter Umständen nicht zu einer Mehrheit reicht. Die zweitstärkste Partei in der Slowakei, die Demokratische Linke (hervorgegangen aus der Kommunistischen Partei), die einer neuen Verfassung zustimmen müßte, zögert angesichts der Meinungsumfragen. In der Begründung bezieht sie sich allerdings darauf, daß Grenzen und nationale Souveränität angesichts der EG sowie nebensächlich würden. nach Radio Prag, Sendung in deutscher Sprache, 27. 7. — (alk)

Sandinistische Veteranen fordern Land

Die Polizei lieferte protestierenden Veteranen der sandinistischen Armee vor dem Präsidentenpalast in Managua ein Feuergefecht, bei denen elf Personen verletzt wurden. Die ehemaligen Angehörigen der sandinistischen Armee fordern als Ausgleich für ihre Zwangsmobilisierung Landzuweisungen und finanziellen Entschädigung. Die Regierung sucht die Konfrontation mit den Sandinisten; sie wolle in jedem Fall „für Recht und Ordnung“ sorgen. — (alk)

Weitere Monopolisierung bei Halbleiterproduktion

Die drei großen Elektronikkonzerne IBM (USA), Toshiba (Japan) und Siemens (BRD) haben eine „strategische Allianz“ zur weiteren Entwicklung von Speicherchips abgeschlossen. Die Technologie zur Produktion dieser elektronischen Bauteile fließt in die Herstellung anderer Bauteile von elektronischen Rechnern ein und ist daher grundlegend für Leistungsfähigkeit und Kosten von Computern. Die Entwicklung von Speicherchips mit einer Kapazität von 256 Megabit, einer 16mal größeren Kapazität wie gegenwärtig möglich, soll in den Labors der IBM in den USA vorgenommen werden; Toshiba soll Produktionsverfahren beisteuern; Siemens ist wegen seiner Kapitalkraft und dem Zugang zum europäischen Markt gefragt. Die Entwicklungskosten werden auf „über eine Milliarde Dollar“ geschätzt, was nach Angaben der drei Konzerne eine Verteilung des „Risikos dieser Investition in eine kritische Technologie“ erforderlich mache. Die Allianz richtet sich vor allem gegen japanische Konkurrenten, die etwa 80 % des Weltmarktes mit Speicherchips beliefern. Die Konkurrenz zwischen den beteiligten Monopolen ist mit dem Abkommen allerdings nicht eingestellt: IBM hat die Herstellung von Chips mit Röntgenstrahlen, was eine weitere Verkleinerung ermöglichen soll, vom Kooperationsvertrag ausgenommen. Man darf gespannt sein, ob die Firma Siemens erneut auf Mittel des Forschungsministeriums durchgreifen wird. NZZ, 15. 7. — (alk)

Wer und was verhindert den Frieden in Kampuchea?

Die Roten Khmer, ertönt es aus den imperialistischen Medien. In der Tat verweigern diese ihre Entwaffnung, solange nicht erwiesen ist, daß die Vietnamesen das Land verlassen haben. Auch werfen sie der UNO vor, die zugesagte Unterstützung einseitig dem von Vietnam eingesetzten Regime zukommen zu lassen. Die Kritik der Roten Khmer erweist sich angesichts folgender Tatsachen als berechtigt: Die Ankunft der Untac-Friedensstreitmacht (20 000 Personen) führt zu einer ungeheuren Verschärfung aller Widersprüche. Während das Land da hinsiecht, die Bauern nur schwer zu überleben wissen, erlebt die Hauptstadt Phnom Penh einen wilden Konsumboom, wird, wie die *Neue Zürcher* zu berichten weiß, zu einem „Paradies für Geschäftemacher, Spekulanten und Glücksritter“ aus dem Ausland. „Der Zweck, in Phnom Penh wirtschaftliche aktiv zu werden, besteht nur in seltenen Fällen darin, auf lange Sicht etwas auf die Beine zu stellen, sondern *rasch zu viel Geld* zu kommen...“ Diese Entwicklung verstärkt und beschleunigt auch die vietnamesische Kolonisationsbewegung, die seit vielen Jahren von der vietnamesischen Regierung gefördert wird. Eine halbe Million Vietnamesen hat sich inzwischen in Kampuchea niedergelassen. — (scs)

Streiks von Bergarbeitern in Polen

In den staatlichen Kohlebergwerken rund um Katowice streiken seit dem Antritt der neuen Regierung fast täglich Bergarbeiter. Die Bergarbeiter fordern Lohnerhöhungen und die Abschaffung der sogenannten Popiwiek-Steuer. Diese Abgabe muß jeder Staatsbetrieb abliefern, wenn er die zentral vorgegebene Lohnquote überschreitet. So kommt es zwar zu Vereinbarungen der Belegschaften mit den Direktoren der Bergwerke z.B. über die Auszahlung einer einmaligen Lohnzulage von rd. einer Million Zloty (etwa 120 DM) sowie laufenden Erhöhungen in den nächsten Monaten, die dann aber an der Popiwiek-Steuer scheitern.

Die Bergarbeiter hatten in den siebziger Jahren als Ausgleich für die schwere und gesundheitsgefährliche Arbeit vergleichsweise hohe Löhne und eine gute Versorgung mit Wohnungen; nach dem Zusammenbruch der Ostmärkte sollen 18 der insgesamt 70 Zechen geschlossen werden. Da aber die Versprechungen der Regierung, daß die Marktwirtschaft eine rasche Umstrukturierung erlaube und die überflüssigen Bergarbeiter in anderen Branchen unterkämen, sich nicht erfüllen, herrscht unter den Bergarbeitern große Unzufriedenheit. Die Streiks werden inzwischen oft von „Selbsthilfeorganisationen“ durchgeführt, die aus der Solidarnoc entstandenen Arbeitervertretungen haben an Einfluß verloren.

Auch die Kleinbauern führen Aktionen durch. Die Landsektion der Solidarnoc hat ebenfalls an Einfluß eingebüßt; Samoobrona (Selbstverteidigung) heißt die Organisation, die in den letzten Wochen Straßenblockaden organisierte. Die Forderungen richten sich gegen die drückende Verschuldung; die Banken werden einer Wucherzinspolitik angeklagt. NZZ, 22. 7. — (alk)



Mitte Juni begann bei der Elektronik-Firma Burnsall Ltd. in Birmingham ein Streik von zumeist indischen Arbeiterinnen, der ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsbedingungen und Löhne wirft, die die Kapitalisten unter der Ära Thatcher in Großbritannien erzwingen haben. Die 28 Arbeiterinnen und Arbeiter verlangen u.a. eine Anerkennung ihrer Gewerkschaft, gleichen Lohn für die Frauen (diese verdienen derzeit 2,22 Pfund pro Stunde, das sind umgerechnet 6,35 DM, die Männer verdienen 2,8 Pfund, d.h. ca. 8 DM die Stunde) und eine Verringerung der enormen Überstunden. Derzeit liegt die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 56 und 65 Stunden pro Woche. — (rül, Bild: „Fight Racism! Fight Imperialism!“; Zeitung der Revolutionary Communist Group, 15. Juli 1992)

„Hexenjagd“ nach Leukämiegutachten?

Bremen. Mit „Hexenjagd“ überschrieb Prof. Inge Schmitz-Feuerhake einen „Bericht in eigener Sache“, in dem sie Beispiele für die fachliche Diskriminierung durch eine Gruppe von Professoren u.a. „Kollegen“ aus dem Fachbereich 1 (Physik/Elektrotechnik) der Bremer Uni auflistete. Sie ist seit 20 Jahren auf dem Gebiet der medizinischen Physik an der Uni tätig. Sie ist Leiterin der radioaktiven Landesmessstelle, die nach dem Unfall in Tschernobyl eine große Rolle spielte. In letzter Zeit geriet sie mit Untersuchungen über eine auffällige Häufung von Leukämiefällen in der Nähe des Kernkraftwerks Krümmel an der Unterelbe in die öffentliche Diskussion und in die Kritik der Atomindustrie und ihrer Vertreter bzw. Unterstützer.

Ende Mai führte die Wissenschaftliche Einheit Frauenforschung der Bremer Uni eine Veranstaltung zur Unterstützung der Professorin durch. Kritisiert wurde von den Teilnehmern der Veranstaltung das Vorgehen einer Gruppe um den Fachbereichssprecher Prof. Aufschnaiter, die die Physikerin seit langem durch die schlechte Ausstattung und eine Abqualifizierung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten diskriminiert. Bekannt sind z.B. negative Gutachten für von ihr beantragte Geräte oder Stellungnahmen gegen ihre Wahl in eine uniinterne Kommission. Prof. Jens Scheer schreibt in einem Leserbrief:

„So widerliche und hinterhältige Angriffe, wie Inge Schmitz-Feuerhake sie nun endlich einmal dokumentiert hat, haben etliche Kollegen im FB 1 auch schon erlebt; bei keinem der männlichen Jagdopfer aber waren sie so verletzend und ehrabschneidend in Hinsicht auf die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit ... Ganz klar, daß da auch ihr Geschlecht eine wesentliche Rolle spielt ... Die herrschende Clique im FB 1 ist, glaube ich, ernstlich der Meinung, das mangelnde Interesse der Industrie, Drittmittel hineinzupumpen, läge an dem uralten Image des FB als einer wissenschaftlichen Keimzelle der Anti-AKW-Bewegung. Darum soll alles ausgerottet werden, das nur entfernt Assoziationen daran wecken könnte. Wieviel schlimmer, wenn durch die nun wirklich bahnbrechenden Arbeiten von Inge Schmitz-Feuerhake und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Atomindustrie ernstlich in Bedrängnis gerät, weil sich über bloße Statistiken hinaus durch radiologische Untersuchungen zeigt, daß AKWs auch ohne schwere Unfälle Menschen töten ...“

Quelle: Bremer Nachrichten vom 25.5. und 3.6. 92 sowie diverse Presseberichte zu den Leukämiefällen in der Region um Krümmel — (wjo)

Krupp Widia: Abbau von 1/3 der Belegschaft

Essen. Vor zwei Jahren hat Krupp-Chef Cromme umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen angekündigt. Nach dem Grundsatz „Zukaufen, Kooperieren, Abstoßen“ sollten alle Konzernunternehmen auf eine Umsatzrendite von mindestens 20 % gebracht werden. Durch den Kauf der Hoesch-Konzerns, der inzwischen unter Dach und Fach ist, ist die Umsetzung dieser Absichten offensichtlich noch einmal forciert worden. Zwar sollen durch die Fusion offiziell nur 1800 Arbeitsplätze wegfallen. Um Krupp zu einem „internationalen, ergebnisstarken Weltkonzern“ (1) zu machen, ist jedoch noch größere Brutalität bei der Durchforstung der Konzern-Betriebe angesagt.

In Essen bauen zur Zeit alle Konzernunternehmen die Belegschaften ab. Allein bei der Krupp Widia GmbH wurden seit Dezember 1990 über 650 Beschäftigte wegrationalisiert, die Belegschaft liegt heute bei etwa 1800 Leuten. Weitere 140 werden auf der Grundlage eines Ende letzten Jahres vereinbarten Sozialplans bis zum Jahresende ausscheiden. Inzwischen ist jedoch sicher: Das Ende der Fahnenstange ist damit noch nicht erreicht. Eine Rationalisierungsfirma, die bereits seit März im Betrieb ist, hat u.a. den Auftrag, die Stilllegung ganzer Betriebsteile zu übernehmen.

Krupp Widia ist einer der größten Hartmetall-Produzenten der BRD. Bei einem Umsatz von 565 Mio. DM wies die Widia-Gruppe 1991 jedoch Verluste in Höhe von 92,9 Mio. DM aus. Diese Entwicklung war nicht nur Einbrüchen bei der Auftragslage geschuldet, sondern die Folge von jahrelang verschleppten Bilanz-Bereinigungen. Die alte, vom Konzern inzwischen ausgetauschte Geschäftsführung, hat in einigen Bereichen Fertigungskapazitäten aufgebaut, die nicht annähernd ausgelastet werden können. Zeitschriften wie das „Manager-Magazin“ bezichtigten sie der „Traumtänzerie“ (2).

Kern des Rationalisierungskonzepts der neuen Geschäftsführung ist jedoch nicht einfach Kapazitätsabbau, sondern die Steigerung der Produktivität, u.a. durch Übernahme von Elementen des japanischen Modells „schlanker Produktion“. Der erste Schub des Belegschaftsabbau beruhte auf einer nackten Kopfreduzierung, quer durch alle Abteilungen, durch die die Stammbesetzung ins Unerträgliche verringert wurde. Ebenfalls in Richtung Produktivitätssteigerung zielt der Versuch, flexible Schichtsysteme mit regelmäßiger Samstagsarbeit einzuführen. Belegschaft und Betriebsrat konnten dies seit über einem Jahr verhindern. Der Druck der Geschäftsführung wächst jedoch.

Zur Zeit werden die Organisations-

strukturen neu geordnet, kleinere Aufträge und Sonderwerkzeuge an „Gargenfirmen“ als Zulieferer abgegeben und die Umsetzung des Grundsatzes „ein Produkt, ein Standort“ geprüft. Dadurch sind vor allem die Bereiche Trägerwerkzeuge und Konstruktionsbauteile bedroht. Gerade die Trägerwerkzeugfertigung ist in den letzten Jahren mit modernsten Maschinen ausgebaut worden. Wird diese Produktion ganz auf Zulieferer verlagert oder mit der Fräsefertigung im Werk Widia Heinlein bei Nürnberg zusammengefaßt, so fallen in Essen noch einmal 160 Arbeitsplätze weg.

Ende letzten Jahres hat der Betriebsrat einen Sozialplan durchgesetzt, der die Möglichkeit von vorzeitigen Pensionierungen und Aufhebungsverträgen fest schreibt. Spätestens seitdem die Ziele des Belegschaftsabbau im März das erste Mal nach unten korrigiert wurden, gibt es wachsende Unruhe. Vor allem in den davon betroffenen Bereichen legte die Belegschaft mehrfach die Arbeit nieder und erzwang Informationsversammlungen. Zu befürchten ist, daß ein weiterer Abbau der Belegschaft nicht ohne betriebsbedingte Kündigungen gehen wird und die Geschäftsführung den bestehenden Sozialplan verschlechtern will.

Grundlage der Gegenwehr sind Forderungen, die vom IG Metall-Vertrauenskörper im April beschlossen wurden: Keine Verschlechterung des Sozialplans; kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen; Abbau der in einigen Betriebsstellen noch verfahrenen Überstunden in Richtung Null; Einhaltung der tariflichen Bestimmungen in puncto Arbeitszeit und Lohn. In einer Stellungnahme vom 1.7.1992 heißt es: „Entscheidungen über Konzepte für die Zukunft von Krupp Widia dürfen nicht nur betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen, sondern müssen den Erhalt des Standortes für Trägerwerkzeuge und Konstruktionsbauteile zum Ziel haben.“

Wie die Auseinandersetzung weitergeht, wird von den Planungen der Geschäftsführung abhängen. Die Ergebnisse der Rationalisierungsuntersuchungen sollten ursprünglich Ende Juli vorgelegt werden. Der Termin ist jetzt auf Mitte September verschoben. Für den wahrscheinlichen Fall, daß tatsächlich die Stilllegung von Produktionsbereichen auf den Tisch kommt, will der Vertrauenskörper einen Aktionsplan ausarbeiten. Gleichzeitig hat der Betriebsrat die Technologieberatungsstelle des DGB und eine DGB-eigene Beratungsfirma eingeschaltet, um alternative Produktionsmöglichkeiten zu erörtern.

Quellenhinweise: (1) Cromme bei der Hannover-Messe 1992, zitiert nach „Krupp aktuell“ 4/92; (2) „Manager-Magazin“, 3/92 — (kw)

Personalabbau nicht mehr „sozialverträglich“

Hannover. Das Arbeitsförderungs-gesetz soll geändert werden, so daß Unternehmen ältere Beschäftigte nicht mehr auf Kosten der Arbeitslosen- und Rentenversicherung loswerden können (58er-Regelung). VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Volkert dazu: „Volkswagen kann eine Fortführung der Vorruhestandsregelung nicht bezahlen, weil sich die ohnehin schon dreistelligen Millionenkosten für das Unternehmen nochmals verdoppeln würden. Das ist eine schlimme Sache, die den geplanten Personalabbau belasten wird.“ Volkert fordert das Unternehmen auf, bei der entfallenden Möglichkeit des „sozialverträglichen“ Personalabbaus nicht mehr so intensiv über Fremdvergabe nachzudenken und die Pläne, die Fertigungs- und Dienstleistungstiefe zu reduzieren, neu zu überdenken. — (gka)

Nach dem Schönau-Pogrom Forderungen an den OB

Mannheim. Nach zwei vom Oberbürgermeister verbotenen Demonstrationen, von denen eine polizeilich zusammengeschlagen, die andere toleriert wurde, beteiligten sich am 13.7. ca. 200 Leute an einer Veranstaltung: „Asyl ist Menschenrecht. Gegen Lagerpolitik, Rassismus und Polizeiknüppel — Schönau mahnt“. Die Veranstaltung war von verschiedenen linken Organisationen und Initiativen sowie vom evangelischen Bezirksjugendpfarrer (gegen den Willen des Dekans) unterstützt worden. Fast einstimmig verabschiedete die Versammlung eine Resolution an OB und Gemeinderat: Aufklärung der rechtswidrigen Maßnahmen gegen die beiden Demonstrationen, korrekte Unterbrin-

gung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Statt für eine Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 öffentlich zu plädieren, solle der Oberbürgermeister bei Bund und Land für bessere Unterstützung zur Bewältigung der gestellten Aufgaben vorstellig werden. — (tht)

Justizminister: lebenslänglich muß bleiben

Stuttgart. Der baden-württembergische Justizminister Schäuble (CDU) befürchtet, daß bei Verurteilungen zu lebenslangen Haftstrafen möglicherweise eine Lockerung eintreten könnte und hat betont, er wolle „Sanktionen für das schwerste Tötungsdelikt“ nicht abschwächen. Die abschreckende Wirkung von Strafen und damit die Androhung lebenslanger Haft müßten bleiben. Anlaß war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juni, wonach die Vollstreckungsgerichte rechtzeitig vor Ablauf von 15 Jahren über Strafaussetzung entscheiden und bei Ablehnung der Entlassung mitteilen müssen, bis wann die Haft fortgesetzt werden soll.

Quelle: Stuttgarter Zeitung, 20.7. — (evc)

Flüchtlinge: NRW zahlt Gelder zu spät

Essen. Die Sozialdezernenten von neun Ruhrgebietsstädten haben in einem gemeinsamen Papier die schleppende Erstattungspraxis der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung für die Ausgaben, die den Städten bei der Unterbringung von Flüchtlingen entstehen, angegriffen. Erfreulich ist, daß endlich einmal nicht die Flüchtlinge als Sündenbock für leere Haushaltskassen herhalten müssen, wie es gerade die Oberstadtdirektoren aus dem Ruhrgebiet mehrfach getan haben. Stattdessen wird öf-

fentlich aufgedeckt, wie das Land den Kommunen zustehendes Geld vorenthält — und damit Probleme schürt. Allein der Stadt Essen sind 30 Mio. DM seit 1990 bisher nicht erstattet worden. Zu befürchten ist, daß die Erstattungsbeträge für 1991 erst 1994 gezahlt werden. „Es entsteht der Eindruck, daß das Land durch immer neue Anforderungen im Prüfungs- und Abrechnungsverfahren Erstattungen vermeiden oder zumindest herauszögern möchte. Ohne eine zeitnahe und vollständige Erstattung ... sind die Städte nicht mehr in der Lage, den ihnen übertragenen Aufgaben nachzukommen. Durch die Formulierungen im Flüchtlingsaufnahmegesetz, nach dem die Gemeinden nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel vom Land Erstattungen zu erwarten, werden die Städte zu bloßen Bittstellern degradiert ... Der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen ist nicht mehr sicherzustellen. Der soziale Friede in den Städten ist gefährdet.“

Quelle: WAZ, 15.7.1992 — (syb)

Tarifabschluß für Kinos: bis zu 7,5% mehr ab 1. Juli

Stuttgart. Für die ca. 10000 Beschäftigten in den westdeutschen Kinos schloß die IG Medien einen neuen Tarifvertrag zum 1.7. ab: Die Grundvergütung der Ortsklasse S wird um 90 DM, der Ortsklassen A und B um 110 DM erhöht. Die Beschäftigten der Ortsklasse S erhalten den Nachtarbeitszuschlag von 50 % ab 23 Uhr. Für die Ortsklasse S (Ur- und Erstaufführungskinos in Großstädten) bringt das Einkommenserhöhungen von 130 bis 160 DM, das entspricht 5,8 bis 7,5 %. Für die Ortsklassen A und B beträgt die Erhöhung im Volumen bis zu 7,3 %. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. — (ulk)



Ausländerbeirat setzt sich Zielpunkte

Göttingen. Die „Göttinger Blätter“ haben ein Interview mit dem neu gewählten Vorsitzenden des Ausländerbeirates veröffentlicht. Wir bringen einen Auszug daraus. — (gka)

Frage: Anwar, ... mit was für Zielen und Vorstellungen geht der Beirat an die Öffentlichkeit?

Anwar: Wir verstehen uns als Interessenvertretung der in der Stadt Göttingen lebenden Migrantinnen und Migranten, d.h. wir haben die Aufgabe und die Pflicht, die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber der Stadtverwaltung und gegenüber den Kommunalpolitikern zu vertreten. Wir wissen aber ganz genau, daß es eine gewisse Diskriminierung auf allen Ebenen gibt, wo die EinwanderInnen sehr stark betroffen sind. Als eine soziale Randgruppe, die kein politisches Mandat hat, sind sie besonders benachteiligt. Diese Diskriminierung findet sich auf allen Ebenen: Auf der Arbeitsmarktebene, Wohnungsmarktebene, sozialen Ebene ... Daher ist unsere Aufgabe besonders schwierig. Daher haben wir letztes Jahr versucht, unsere Ziele auch in einer Broschüre zu den Kommunalwahlen darzulegen (siehe auch Politische Berichte Nr. 20/91) ...

Wir haben uns für dieses Jahr vorgenommen, die Chancengleichheit der Emigranten auf drei verschiedenen Ebenen zu konzentrieren. Die erste Ebene ist das Schulwesen. Wir merken ganz

deutlich, daß es dort sehr gravierende und aktuelle Probleme gibt. Da sind die Schulkinder von MigrantInnen, vor allem von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen, die nicht ausreichend und genügend von den Schulen berücksichtigt werden. Da kommt ein Schulkind, das wird in eine Schulklasse geschmissen, ohne daß es eine Vorbereitung gehabt hätte. Das heißt, da wird keine Sprachhilfe geleistet und kein Nachhilfeunterricht organisiert, dies führt natürlich dazu, daß unheimlich viele ausländische Schulkinder sehr schnell mit Problemen konfrontiert werden, die sie nicht bewältigen können. Wir versuchen, auf die Kommune und auf die Verwaltung Druck zu machen, daß sie ein vernünftiges Konzept für einen Nachhilfeunterricht, ein vernünftiges Konzept für eine pädagogische Betreuung dieser Schulkinder erarbeiten und auch in die Praxis umsetzen. Das ist ein Bereich, den wir dieses Jahr sehr ernst nehmen wollen.

Ein zweiter Bereich ist die Wohnungsnote. Wir haben von der Verwaltung gefordert, daß eine Bestandsaufnahme gemacht wird, wie stark die Wohnungsnote die MigrantInnen betrifft.

Ein weiterer Bereich, auf den wir uns dieses Jahr konzentrieren, ist die allgemeine politische Forderung. Wir leben in einer Zeit, wo der Rechtsradikalismus sehr verbreitet ist. Der Rassismus ist auch in Göttingen ausgebrochen. Wir hören immer häufiger von MigrantIn-

nen, daß sie belästigt und beschimpft werden — auch in ihren Wohngebieten. Deswegen fordern wir von den Kommunalpolitikern, von der Stadt Göttingen, daß ein vernünftiges und realisierbares Konzept vorgelegt wird. Konkret (auch eins), das dem Fremdenhaß und Rassismus entgegengesetzt wird. Wir orientieren auf ein Konzept, das auch in anderen westeuropäischen Ländern umgesetzt wurde und zum Teil auch großen Erfolg erzielt hat. Z.B. sogenannte Stadtviertelzentren, daß man z.B. Stadtviertel sucht, wo ein großer Prozentsatz von MigrantInnen wohnt. Wir haben das hier in Göttingen in Grone und auf dem Holtenauer Berg. Daß man dort versucht, Stadtteilzentren aufzubauen, zu finanzieren, wo beide Bevölkerungsgruppen sich beteiligen. Es muß eine Möglichkeit geben für die MigrantInnen als auch für die Einheimischen, auch ihre örtlichen sozialen Probleme gemeinsam zu lösen und sich auch auseinanderzusetzen. Das ist eine Aufgabe, wozu wir momentan keine andere Überlegung oder ein anderes Konzept einfällt, mit dem man Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus begegnen kann. Es ist nur, daß die Verwaltung als auch die Kommunalpolitiker kein ernsthaftes Interesse haben, etwas Konkretes dagegensetzen.

Auszug aus: Göttinger Blätter Nr. 6/7, Hg.: Arbeitsgemeinschaft Göttinger Blätter, Redaktionsanschrift Rotes Zentrum, Berthelstr. 25, 3400 Göttingen

Kirchenasyl der Roma in NRW dauert an

Köln. Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien von 1941 bis 1945 haben antifaschistische Autoren Karola Frings, Cordula Lissner und Frank Sparing in einem Buch zusammengestellt. Sie stellten es auf einer Pressekonferenz des Rom e.V. vor. Anwesende Roma (Bild) berichten über ihr Leben unter dem Faschismus, unter ihnen ein 96jähriger Mann, der erklärte, er würde gerne in der BRD sterben, deshalb sei er für das Bleiberecht der Roma. — (jdd)



München. 5. Juli 1992, Weltwirtschaftsgipfel: Juden verschiedener Nationalitäten und deutsche Antifaschisten demonstrieren gemeinsam — unter dem Motto „Nie wieder!“ — von München zur Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau. — (güw, ecg)

IG Medien und CFTD fordern Manteltarifvertrag für ARTE

Stuttgart. Für den deutsch-französischen (TV)-Kulturkanal ARTE haben die IG Medien und die französische Gewerkschaft CFTD gemeinsam einen Manteltarifvertragsentwurf vorgelegt. Ziel des Entwurfs ist, daß die Arbeitszeit (37,5 Std./Woche in der Regel von Mo. bis Fr.) nicht nur den Programmanforderungen gerecht wird, sondern „den einzelnen... ein hohes Maß an planbarer Freizeit garantiert“. Mehrarbeit soll mit dem Faktor 1,25 bewertet und vorrangig in Freizeit abgegolten werden. Zuschläge für Nacht- und Samstagsarbeit sollen 50 %, für Sonntagsarbeit 100 % betragen. In der Zeit der Kindererziehung sollen die Beschäftigten Beginn und Ende ihrer Arbeitszeit individuell festlegen und den Erziehungsurlaub über die gesetzlichen Regelungen hinaus verlängern können. Andere Formen unbezahlter Freizeit sollen ermöglicht werden. Der Urlaub soll bis 30 Jahre 32 Arbeitstage, bis 40 Jahre 33 und danach 35 Arbeitstage betragen. Weitere Forderungen gelten Teilzeitarbeit, Urheberrecht, Altersversorgung und Bildungsurlaub. Am 24. 9. soll die erste Personalvertretung gewählt werden. — (ulb)

„Trümmerfrauen“ — arm, ausgegrenzt, vergessen

Hannover. Am 9. Juli demonstrierten die Grauen Panther aus ganz Niedersachsen am Kröpcke gegen die Armut im Alter und die verfehlte Sozialpolitik dieser Regierung. Der 9. Juli wurde von den Grauen Panther bundesweit zum „Trümmerfrauen-Gedenktag“ proklamiert, nachdem sich in Berlin 1987 die Rentnerin Ruth Niendorf erhängte, weil

sie eine erneute Mieterhöhung nicht mehr tragen konnte... Besonders das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde angeprangert. Es bescheinigt zwar den Alt-Müttern, daß ihnen „soziales Unrecht“ widerfahren sei, sie sich aber damit abfinden müßten...

nach Pressemitteilung der „Graue Panther“ Hannover — (gka)

NRW: Privatisierung und „Sparen“ bei Kommunen

Düsseldorf. Am 15. 7. 1992 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung den Entwurf des Haushaltes für 1993 beschlossen. Faktisch gekürzt werden darin nach Berichten in der Presse auch die Gelder für die Kommunen. Mit 19 Mrd. DM sollen die Städte, Landkreise und Gemeinden 1993 zwar rund 600 Mio. DM mehr erhalten als 1992. Die Steigerungsrate liegt jedoch unter der des gesamten Landeshaushalts (plus 3,5 %) und deutlich unter der offiziellen Preissteigerung. Bereits Ende Mai kündigte SPD-Fraktionsvorsitzender Farthmann bei einer Klausurtagung der Landtagsfraktion mit Ministerpräsident Rau und Vertretern der Kommunen Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und den Fortfall „jahrzehntelang üblicher Zweckzuweisungen aus der Landeskasse“ an. Zwar kritisierte Farthmann die Finanzpolitik des Bundes als „Katastrophe“ für Land und Kommunen, aber nur, um entschieden für „radikale Sparmaßnahmen“ und umfassende Privatisierung bei den Kommunen einzutreten, obwohl beides die Landespolitik gar nichts angeht. Seine einzige Referenz an die kommunale Selbstverwaltung: Die Kommunen sollten am Besten selbst sagen, worauf sie „verzichten“ können. — (wof)

Langzeitarbeitslose in Stuttgart: Von der „Politik“ im Stich gelassen

Stuttgart. In seinem Tätigkeitsbericht 1991 umreißt das Stuttgarter Arbeitslosenzentrum e.V. (SALZ) die Lage: „Der Arbeitsmarkt: Trotz Einigungsboom kaum Abbau der Massenarbeitslosigkeit.“

„So erfreulich 1991 die Entwicklung auf dem Stuttgarter Arbeitsmarkt ist, wenn wir einmal von ihrer Kehrseite in Ostdeutschland absehen, es bleibt die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen 1991 doppelt so hoch liegt wie in den Jahren vor der letzten Krise (1979: 6148, 1980: 7300). Zudem zeichnet sich mit der Zunahme der Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt von 1990 40 auf 1991 530 eine Trendwende ab. Auch die Flut der Kündigungsklagen beim Arbeitsgericht Stuttgart, die mit 13089 Verfahren schon fast an das Rezessionsjahr 1981 heranreicht, ist hierfür ein wichtiger Indikator. Die Stuttgarter Konzerne reagieren auf Absatzschwäche und verschärfte Konkurrenz unter dem schönfärbischen Schlagwort ‚lean production‘ mit Rationalisierung und Entlassungen. Für Edzard Reuter sind bei Daimler-Benz ‚weltweit 20000 Mitarbeiter zuviel an Bord‘. Allein die Mercedes-Benz AG will 1992 10000 Stellen abbauen. Porsche arbeitet 1992 nicht nur kurz, sondern will beim Stuttgarter Stammhaus bis zum 31. 7. 1993 850 Stellen abbauen, nachdem bereits im Geschäftsjahr ’91/92 750 Stellen wegrationalisiert wurden. Hart trifft es auch die Automobilzulieferer. SKF will in Deutschland 700 Stellen streichen. In Bad Cannstatt kommt bei Mahle-Wisemann für 240 der 390 Beschäftigten zum 31. 12. 1992 das Aus. Aber nicht nur die Automobilindustrie spürt den Konjunktüreinbruch. Auch bei SEL sollen an drei Standorten insgesamt 1000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Bei Kaut & Bux, einem Zulieferer der elektrotechnischen Industrie, müssen im Laufe des Jahres 1992 allein in Vaihingen 400 von 500 Mitarbeitern gehen, und das Maschinenbau-Unternehmen Werner & Pfleiderer hat für 1992 den Abbau von bis zu 400 Arbeitsplätzen angekündigt. Im Mai 1992 arbeiten im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart bereits 7495 (Menschen) in 47 Betrieben kurz.“

Leider sehen die Prognosen für die Zukunft nicht besser aus. Das neue Gutachten des IMU-Institutes München 1991 über den Industriestandort Stuttgart geht davon aus, daß im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart bis zum Jahr 2010 von heute 117000 Arbeitsplätzen im Fahrzeugbau und der Zulieferindustrie 23000 gefährdet sind. Die Gefährdungsfaktoren sind weiter die starke Konzen-

tration auf das verarbeitende Gewerbe, wo 42,3 % aller Beschäftigten tätig sind (davon noch 46 % in einer einzigen Branche, dem Fahrzeugbau), die Unternehmens- und Machtkonzentration auf wenige international operierende Konzerne und die starke Exportabhängigkeit.“

Eine sehr wichtige Initiative des SALZ ist 1992 gescheitert: „zusammen mit der Stadt Stuttgart und deren Tochterunternehmen Arbeitslose über das Sonderprogramm ‚Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose‘ wieder in Arbeit zu bringen. Über das Sonderprogramm können Langzeitarbeitslose für ein Jahr mit Lohnkostenzuschüssen bis zu 80 % gefördert werden...“ Denn das SALZ stellt zur Struktur der Arbeitslosigkeit fest: „Sechs von zehn Arbeitslosen sind in Baden-Württemberg 50 Jahre und älter, und einen Anteil von 75 % hat diese Altersgruppe an den seit über zwei Jahren Erwerbslosen.“

„Hintergrund unserer Überlegungen war einmal die im Sozialhilfegericht der Stadt Stuttgart beschriebene Ausbreitung der Armut durch die zunehmende Zahl von Langzeitarbeitslosen, zum anderen die traurige Tatsache, daß die im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart bereitgestellten Gelder des Sonderprogramms wegen mangelnden Interesses der Arbeitgeber 1989 und 1990 nicht ausgeschöpft wurden und am Stichtag 28. 5. 1990 hier 3282 Langzeitarbeitslose gemeldet waren. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat am 18. 4. 1991 einen entsprechenden Antrag in den Gemeinderat

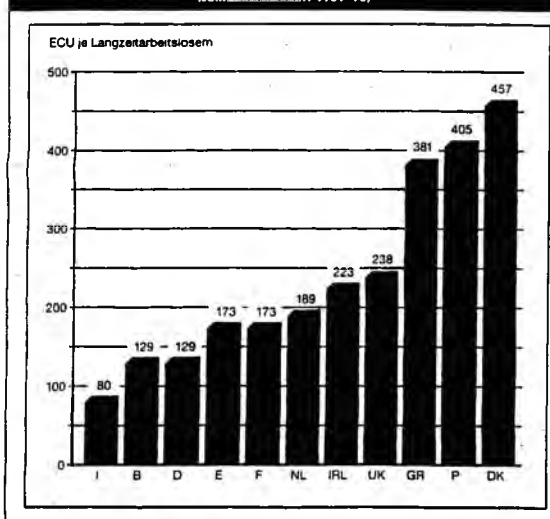
eingebraucht. (...) Leider ist die Stadtverwaltung auf unsere Initiative nicht eingegangen.“ Der Kommentar des SALZ: „Arbeit ist ja nicht nur für Langzeitarbeitslose, sondern auch für den Stadtsäckel eine sinnvolle Alternative zum Sozialhilfebezug. Oder nicht?“

Zur weiteren Perspektive sagt das SALZ: „1991 haben wir ein starkes Gewicht auf die Suche nach Möglichkeiten zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gelegt. (...) Leider wurde unsere wichtigste Initiative (...) von der Stadtverwaltung nicht aufgegriffen. Hier stießen wir ähnlich wie bei privaten Arbeitgebern mit der Zielsetzung Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt an Grenzen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß für ältere oder leistungsgeminderte Arbeitslose, die kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, mit zunehmendem Alter als Ziel die Rente immer mehr ins Blickfeld rückt. Vielleicht geht es hier eher darum, dem Leben auch jenseits der Erwerbsarbeit einen Sinn zu geben, als diese Menschen in immer neue Mißerfolge zu treiben.“

Das SALZ unterstützt deshalb die 13 Thesen und die Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Arbeitsloseninitiativen vom Februar 1992 nach einem garantierten Mindesteinkommen. Es begrüßt auch den Entwurf des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für eine bedarfsorientierte Grundversicherung.

Alle Zitate aus dem Tätigkeitsbericht 1991 des SALZ — (ulb)

Ausgaben je Langzeitarbeitslosen in den EG-Mitgliedstaaten (Jahresdurchschnitt 1989-93)



Eine vergleichende Dokumentation der EG-Kommission belegt, daß Langzeitarbeitslose in der Bundesrepublik nur minimal gefördert werden. Demnach gibt die Bundesrepublik für einen Langzeitarbeitslosen zwischen 1989 und 1993 nur 129 ECU (ca. 258 DM) im Jahresdurchschnitt aus. Nur Italien wendet mit 80 ECU (ca. 160 DM) noch weniger auf. Grafik: Der Gewerkschafter Nr. 5/92.

Frauen beim WBF gebildet, billig, kinderlos

Norderstedt. Das „Institut für Weltkunde in Bildung und Forschung“ (WBF), Hamburg, existiert seit 1962 als gemeinnützige GmbH. Es produziert und verkauft wie sein großer staatlicher Konkurrent „Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“ (FWU), München, 16 mm Filme für den Unterricht an allgemeinbildenden Schulen von ca. 15 bis 20 Minuten Länge.

Für die Mitarbeit an der Produktion werden zumeist Professoren, Studienkollegen und Lehrer aus dem wissenschaftlichen Bereich der Geografie, Geschichte, Biologie, Religion und Pädagogik gewonnen. Die drei „Standardprofis“ sind Männer. Alle sonstige Tätigkeit des Instituts wird ausschließlich von Frauen geleistet. Sicher nicht ohne Grund.

Im sogenannten „Außendienst“ arbeiten z.Z. vier Mitarbeiterinnen auf Provisionsbasis, indem sie aus einem Bestand von 130 Titeln, zu denen jährlich ca. sechs bis acht hinzukommen, Filme an die Kreis-, Stadt- und Landesbildstellen verkaufen. Besonders zur Zeit der Neuproduktion — meist Anfang/Mitte des Jahres — muß frau äußerst flexibel sein. Und das läßt sich nur unverheiratet, kinderlos oder höchstens mit schon erwachsenen Kindern bewältigen. Genau dieses „Potential“ hält sich das WBF in diesem Arbeitsbereich!

Aber auch im Büro, im Vertrieb, im

Lager und Archiv, an den Schneidetechniken und im Produktionsbereich sind mit einigen Schwankungen ca. fünf Frauen ganztags und zwei Frauen halbtags beschäftigt und von ihnen haben nur zwei überhaupt (erwachsene) Kinder. Überstunden, Mehrarbeit, Tätigkeiten bis in die Nacht oder am Wochenende bei Bedarf können so immer leicht abgefordert werden.

Der jetzige Geschäftsführer Jenkel läßt immer wieder durchblicken, daß das WBF sich natürlich so etwas wie Schwangerschaften nicht leisten kann. Als eine Kollegin — seit Bestehen des Bildungsinstituts überhaupt zum ersten Mal — 1991 eine Woche Bildungsurlaub beantragte, reagierte er bissig, wenn auch hilflos. Das vielfältige Wissen seiner angestellten Frauen zu nutzen — fast alle haben das Abitur und viele eine wissenschaftliche Ausbildung — bei vergleichsweise geringem Lohn, hat er jedoch keinerlei Hemmungen. 1991 erklärte er einfach, die bisher gezahlte jährliche Tarifierhöhung (gemäß dem ÖD) müsse wegen drohender Absatzschwierigkeiten im 16-mm-Bereich (alle wollen jetzt nur noch Video!) ausfallen. Die Frauen wurden mit einer Einmalzahlung am Ende des Jahres abgefunden, obwohl der Jahresumsatz durch zusätzlichen Verkaufsboom im Schulbereich in der ehemaligen DDR sich im gleichen Zeitraum beträchtlich erhöht hatte. — (edl)

Bayerische Staatsregierung wegen WWG-Zwischenfällen unter Beschuß

München. Am 13. Juli fand im Bayerischen Landtag eine Sondersitzung zu den polizeilichen Überreaktionen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in München statt. Nicht nur die politische Führung — der bayerische Innenminister — wurde scharf kritisiert, sondern auch die Forderung erhoben nach Auflösung der Einsatzkommandos USK und SEK sowie nach Namensschildern für Polizeibeamte bei allen Einsätzen.

Am 14. Juli verabschiedete der Münchner Stadtrat im Kreisverwaltungsausschuß mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP einen Dringlichkeitsantrag zum „Rechtswidrigen Verhalten der Bayerischen Staatsregierung anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels.“

Wir dokumentieren nachfolgend einige Auszüge aus der Rede des Landtagsabgeordneten Dr. Fleischer (Die Grünen), der seine Verurteilung der Vorfälle mit einer Analyse der Weltlage untermauerte. — (dil, ecg)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

... bevor ich näher in die Details der Polizeiauseinandersetzung einsteige, möchte ich noch die Hintergründe beleuchten, die zu den Demonstrationen in München geführt haben. Ich denke, es ist wichtig, auch noch in wenigen Zügen einmal darzustellen, wie die weltwirt-

schaftliche Lage ist und wie die Ausbeutung der dritten Welt abläuft.

Wir haben es mit einer unglaublich ungerechten Weltwirtschaft zu tun, die die Weltentwicklung bestimmt. Allein die Bundesrepublik gibt 50 Mrd. DM im Jahr — das sind 140 Mio. DM pro Tag — für Rüstung aus, Rüstungsgüter auch aus Bayern, die weltweit Leid, Elend, Flüchtlingsströme erst produzieren. Im Aufsichtsrat einer der Rüstungsschmieden sitzt verfassungswidrig der bayerische Innenminister Stoiber. Ich frage ihn hier, was er eigentlich getan hat, um zu verhindern, daß bayerische Waffen Elend in aller Welt verursachen.

Dumpingpreise, fast Diebstahl von Ressourcen aus der dritten Welt, die in unserer Wirtschaft als notwendig eingesetzt werden müssen und unseren Wohlstand erst ermöglichen, sind an der Tagesordnung. 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen mehr als 80 Prozent der Ressourcen und der Energie. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion: Ist dies christlich, ist dies gerecht? Schulden und Zinsknechtschaft der Länder der dritten Welt sind an der Tagesordnung. IWF-Politik und Weltbankpolitik zusammen mit einer oft korrupten und von den westlichen Ländern gestützten Oberschicht tragen die Verantwortung dafür, daß Millionen Menschen keine Chance zum Überleben haben. Der Verkauf und der Vertrieb umweltzerstörerischer

Großprojekte, wie z.B. von Staudämmen, produzieren Jahr für Jahr Leid für Mensch und Tier.

... Weltweit leben mehr als zwei Mrd. Menschen in tiefster Armut, meist in Slums. Brutale Kriege und Dürrekatastrophen und eine Politik der Ausbeutung bringen täglich 40 000 Kindern den Hungertod. Da treffen sich in München im Juli 1992 die sieben Repräsentanten dieser ungerechten Weltordnung zu einem ungeheuren Medienspektakel: Ist dies etwa kein Grund für Protest und Demonstration? Wenn nicht hier, wo dann? Wenn hier in prunkvoller Atmosphäre gequatscht und gepörrt wird, ist es notwendig, daß man auf die Straße geht und sich gegen ökologische Zerstörung und gegen den Holocaust an den Menschen der dritten Welt einsetzt.

Nur, die Bayerische Staatsregierung wollte einfach keinen Protest. Der bayerische Ministerpräsident Streibl wollte im gleißenden Licht der Weltpresse als bayerischer Monarch berühmt werden. Soviel sei schon im Vorfeld gesagt: Es ist ihm nicht gelungen, berühmt zu werden; allenfalls ist es ihm gelungen, berüchtigt zu werden. Er hat die Vorgabe gemacht, und umgesetzt hat sie der bayerische Polizeiminister Stoiber, nämlich Friedhofsruhe in München zu verbreiten. Und für diese Friedhofsruhe war der Mißbrauch der Polizei notwendig, um das staatspolitische Muskelspiel hier durchzusetzen...

Kurz berichtet

Hauptstadtvertrag: Bund bekommt freie Hand

Der Berliner Senat hat mit der Bundesregierung einen Hauptstadtvertrag abgeschlossen. Vorgesehen ist, daß über Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Regierungsumzug von einem gemeinsamen Ausschuß mit jeweils sechs Vertretern aus Bund und Berlin entschieden wird. Die Rechte der Bezirksämter bei der Bauplanung werden aufgehoben. Die Interessen der Planungsbedürftigen werden ausgeschaltet. Notwendig dazu sind Sondergesetze. Im Abgeordnetenhaus von Berlin müssen die Gesetze über die Rechte der Bezirke geändert werden, im Bundestag muß das Baugesetzbuch eine Sonderregelung für Berlin erhalten. AL, PDS und auch die kommunalpolitische Vereinigung der CDU in Berlin kritisieren die Entrechtung und Zentralisierung. Michael Schreyer von der AL bemängelte, daß die Bundesregierung zu keinen finanziellen Zusagen im Gegenzug gezwungen worden ist. Die DGB-Vorsitzende, Christiane Bretz, begrüßte, daß der Vertrag eine klare Entscheidung für Berlin als Hauptstadt beinhaltet, lehnte aber die Rechtseinschränkungen ab. — (chk)

Maastrichter Vertragswerk von PDS-Fraktion abgelehnt

Berlin. Folgenden Antrag hat die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht:

„Der Senat wird aufgefordert, in der Debatte zum Maastrichter Vertragswerk sowie bei der Entscheidung im Bundesrat gegen dieses aufzutreten, abzulehnen und eine Initiative zu Verhandlungen über eine gesamteuropäische gleichberechtigte Zusammenarbeit zu ergreifen. Begründung: Das Maastrichter Vertragswerk über die Politische Union Europas verfestigt die Abschottung des EG-Raumes gegenüber dem Nicht-EG-Raum in Europa. Das führt — in Verbindung mit dem Konzept des Europäischen Binnenmarktes — für lange Zeit zu tiefen Spaltungen in Europa, die eine notwendige und mögliche Annäherung, gleichberechtigte Zusammenarbeit und Integration aller europäischen Staaten für lange Zeit verhindern werden.“

Darüber hinaus sind mit dem Maastrichter Vertragswerk keine wesentlichen Fortschritte hinsichtlich der Überwindung des bisherigen undemokratischen Prinzips der politischen Willensbildung im EG-Raum zu erkennen. Vor allem erfolgt keine Stärkung des Europäischen Parlaments, dem einzigen demokratisch legitimierten — weil frei und geheim gewählt — Organ im EG-Raum ...

Indem sowohl den nationalen als auch den regionalen Parlamenten keine oder wenig Mitsprache und vor allem keine

Mitentscheidung gegenüber den exekutiven EG-Gremien garantiert ist, werden Legislativen zugunsten von Exekutiven auf elementaren Gebieten faktisch entmachtet.

Diese Defizite sind nicht durch „Nachbesserungen“, sondern nur durch Verhandlungen über eine gesamteuropäische gleichberechtigte Zusammenarbeit zu beseitigen.“

Gegen eine Festung Europa — Antirassismuskongreß

Berlin. Vom 13. bis 15. November diesen Jahres führt die PDS einen „Europäischen Antirassismuskongreß“ unter obigem Titel durch. Im Einladungsschreiben heißt es zu den Inhalten und Zielen des Kongresses u. a.: „Rassismus und Antirassismus bilden eine langfristige Konfliktlinie innerhalb der europäischen Staaten, an der sich gesellschaftliche Polarisierungen vollziehen werden. Dies verlangt u. E. die Verständigung linker Kräfte dazu, die Erarbeitung von Konzepten und die Realisierung von Interventionen ... Mit dem Europäischen Antirassismuskongreß hoffen wir, einen Beitrag zu leisten zur:

— Herausarbeitung und Propagierung öffentlicher Gegenpositionen zum rassistischen Mainstream in Europa;
— Analyse von rassistischen Diskriminierungsformen in staatlichen Institutionen, im öffentlichen Leben, in Medien, im sozialpolitischen und bildungspolitischen Bereich, in Kultur und Wissenschaft;
— Orientierung und zum Ausbau der Kommunikation mit und zwischen antirassistischen Organisationen im europäischen Maßstab ...

Wir wissen, daß Rassismus in Deutschland international besondere Besorgnis hervorruft. Auf dem Kongreß erwarten wir, daß die gegenseitige Unterstützung antirassistischer Kräfte als zukunftsweisende Aufgabe der politischen Arbeit thematisiert wird ...

Als Kristallisationspunkte der Arbeit denken wir an folgende Diskussions-schwerpunkte:

— Zur Genesis von Flucht und Migration nach Europa; Selbstorganisation von Immigrantinnen und Immigranten und Flüchtlingen — Notwendigkeit und Perspektiven.

— Diskriminierungstatbestände in der Politik im europäischen Vergleich; Ansätze einer Antidiskriminierungspolitik. — Ursachen von Rassismus und Nationalismus im Spiegel europäischer Rassismusforschung.

— Rechtsradikalismus und Rassismus im europäischen Vergleich; Antifaschismus heute ...

Der Kongreß ist für alle Menschen offen, die ihr Denken und Handeln durch antirassistische Grundsätze bestimmen.“

Weitere Informationen über: Kongreßbüro c/o Tanju Tügel, Kleine Alexanderstraße 28, O-1020 Berlin, Telefon: 030/284 09 447, Telefax: 030/281 41 69

Aufruf zum Antikriegstag 1992
Die Mahnung des 1. 9. 1939 bleibt

Nachdem der DGB-Bundesvorstand sich für dezentrale Aktivitäten zum Antikriegstag ausgesprochen hat, sind der DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die Friedenskoordination sowie Aktives Museum Faschismus und Widerstand e. V. mit folgendem Aufruf als Erstunterzeichner an die Öffentlichkeit getreten:

„Wir mahnen angesichts der 53. Wiederkehr des Überfalls auf Polen durch die deutschen Faschisten, daß durch den Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung der Friede nicht sicherer geworden ist. Massenarbeitslosigkeit bedingen soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit aufkeimenden Fremdenhaß, Rassenwahn und übersteigerten Nationalismus. Das Wirtschaftssystem der Ellenbogengesellschaft wird den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Menschen weltweit nicht gerecht. Neue Kriegsgefahren sind die Folge.“

Die nach der Übernahme der ehemaligen DDR entstandene nationale Euphorie, die fast völlige Zerschlagung der wirtschaftlichen Strukturen und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit sowie die Vernichtung alter Werte macht es konservativen nationalistischen Rattenfängern leicht, die entstandenen Lücken mit reaktionärem und antiaufklärerischem Gedankengut zu füllen. Nach wie vor gibt es konservative,

von der Bundesregierung ausgehaltene Kräfte, die die Revision der bestehenden Grenzen anstreben. Konservative Historiker leugnen die alleinige Schuld Deutschlands am Zustandekommen des zweiten Weltkrieges. In diesem Zusammenhang werden alte pseudohistorische Konzepte wieder aus der Mottenkiste gezogen.

Die Bundesregierung plant mit Unterstützung der Opposition, in den Konfliktzonen dieser Welt militärisch präsent zu sein. Die Bundeswehr als zweitstärkste westliche konventionelle Armee wird damit auf neue militärische Aufgaben vorbereitet. Daraus resultiert die Aufforderung, in einer Zeit gefährlicher zunehmender globaler Instabilität besonders wachsam und aktiv zu sein, um zu verhindern, daß nach zwei von Deutschland angezettelten Weltkriegen von der Bundesrepublik wieder ein militärischer Konflikt ausgeht.

Die ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme auf dieser Welt lassen sich nicht militärisch, sondern nur politisch lösen. Hohe Rüstungslasten und -exporte sowie zunehmende Gewaltanwendung in den Gefahrenzonen der Welt verschärfen die sozialen Probleme. Die Bundesrepublik als eine der stärksten Exportmächte ist für die ausbeuterische Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Industrieländer,

verbunden mit ökologischen und Hungerkatastrophen in der Dritten Welt, mitverantwortlich. Während alles getan wird, die hervorragende Stellung der Bundesrepublik auf den Weltmärkten zu sichern und der Bundeswehrplaner sogar den Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung der Absatzmärkte vorsehen, werden die Grenzen für Wirtschaftsflüchtlinge und Arbeitsemigranten sowie politisch Verfolgte geschlossen. Dabei kann es sich die Bundesrepublik ohne weiteres leisten, ein Einwanderungsland zu bleiben.

Wir sagen „nein“ zu nationalistischem Größenwahn und Ausländerhaß. Wir fordern, dem Rechtstrend in der Parteienlandschaft und dem Terror der Rechtsextremisten durch aktives demokratisches Engagement zu begegnen. Wir fordern, die soziale und politische Ausgrenzung zu beenden, die Nährboden für neofaschistisches Denken und Handeln ist.

Abrüstung ist und bleibt angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme das Gebot der Stunde!“

Geplant ist eine Kundgebung am 1. 9. um 18 Uhr, voraussichtlicher Ort: Nähe von Reichstag/Pariser Platz. Sprechen werden Horst Jäckel (Vorstandsmitglied des DGB Berlin-Brandenburg) und Stephan Heym. — (har)

HBV Thüringen wendet sich gegen neofaschistische Tendenzen

Die Landesversammlung Thüringen beschloß die im folgenden auszugsweise dokumentierte Erklärung gegen Rassismus und neofaschistische Tendenzen und wird sie als Antrag auf den Gewerkschaftstag einbringen.

In erschreckender Weise bekommen wir bestätigt, daß es notwendig ist, den Kampf gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus als Tatsache zu begreifen ...

Ob es gelingt, den Vormarsch des Faschismus und Rassismus zu stoppen, hängt nicht zuletzt vom Engagement der (DGB) Gewerkschaften ab.

Wir fordern die Einzelgewerkschaften und die DGB-Kreisverbände, die Jugendvertretungen und Personal-, Betriebsräte, die Parteien, die Kirchen und jeden Menschen, der sich nicht mit einer Gesellschaft zufrieden geben will, die Rassismus und Faschismus duldet und sogar fördert, auf, aufzustehen gegen die jungen und alten Ewiggestrigen.

47 Jahre nach der Befreiung vom Nazismus existiert eine Vielzahl — allein im angrenzenden Hessen ca. 50 — von nationalkonservativen, nazistischen und terroristischen Parteien, Gruppen und Zirkeln.

Seit der Maueröffnung können sich Rechtsextreme ungehindert auf dem Territorium der ehemaligen DDR bewegen und für sich Werbung machen. Ungezählt sind die Auftritte der NPD, DVU, REP, DA (Deutsche Alternative) usw. in Thüringen. Den größten Aufmarsch rechtsextremer Kräfte werden wir in Eisenach 17.-18. 10. 92 mit dem Europatreffen der studentischen Burschenschaften erleben. Sie sind offen oder verdeckt antidemokratisch und fremdenfeindlich und streben den autoritären Staat an.

Sie teilen sich die Arbeit!

FAP und faschistische Skinheads fürs Prügeln und Totschlagen, NPD, DVU, REP fürs Parlament und die neue Rechte für das geistige Rüstzeug am rechten Rand. Hinter der Speerspitze des offenen oder verdeckten Nazismus rücken die konservativen demokratischen Parteien weiter nach rechts. Der Boden wurde/wird bereitet dafür, daß sich die öffentliche Meinung nach rechts entwickeln kann. „Ausländer raus“, „Ausländerückführungsparolen“ und Flüchtlingsfeindlichkeit waren noch vor wenigen Jahren eindeutig rechtsextremistische Lösungsmuster. Heute scheuen sich konservative Parteien und SPD-Politiker nicht, den Wahlkampf damit zu betreiben. Vor dem Hintergrund von Krisenerscheinungen, zunehmenden gesellschaftlichen Widersprüchen, Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und

Aufhebung alter Werte nutzen die Rechtsextremen reaktionäres, antidemokratisches und rassistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft, um ihre vermeintlichen Lösungen als hoffähig zu etablieren ...

Faschismus wird im Bewußtsein der meisten Deutschen mit Judenvernichtung definiert. Die gegen die ArbeiterInnenbewegung gerichtete Vernichtungspolitik wird verschwiegen, weil sie deren Klassencharakter bloßlegen würde. Ein wesentlicher Bestandteil unserer antifaschistischen Strategie muß darauf ausgerichtet sein, entsprechendes Geschichtsbewußtsein zu entwickeln.

Wir müssen:

- über die Ursachen und Entstehungsbedingungen des Faschismus vor allem die Jugendlichen aufklären,
- alle gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen nutzen, um das Problem Rassismus zu thematisieren und der Ideologie der Ungleichheit, unsere Vorstellungen von Gleichheit, Solidarität und Freiheit entgegenzusetzen,
- über faschistische Gruppen, Parteien und Zirkel und ihre Verflechtungen informieren,
- das Zusammenspiel von offenen und verdeckten Nazis und rechtskonservativen Politikern aufdecken,
- eine Sammelstelle sein für Informationen über faschistische und rassistische Aktivitäten in Schulen, Jugendzentren, Betrieben und diese Informationen für die eigene antifaschistische Arbeit verwerten und an die Öffentlichkeit bringen,
- öffentliche Proteste gegen faschistische Äußerungen, Schmierereien und Aktionen organisieren,

Wir fordern:

- Bekämpfung der Ursachen, wie insbesondere die Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, der Zunahme nazistischer und nationalistischer Ideen und Bestrebungen,
- Verbot der faschistischen Parteien NPD, DVU, FAP und „Republikaner“ sowie Anwendung der bestehenden Gesetze zum Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen und Aktivitäten,
- keine Zulassung von faschistischen Parteien zu den Wahlen,
- Verbot der Herstellung und Verbreitung von faschistischen Zeitungen und Propagandamaterial,
- Einhaltung des im Grundgesetz garantierten Asylrechts! Keine Abschiebung von AusländerInnen! Eigenständiges Asylrecht für Ehefrauen von Asylbewerbern! Aufhebung des Arbeitsverbotes und Auflösung der Sammellager,

— Wahlrecht und gesichertes Aufenthaltsrecht für die nichtdeutschen BürgerInnen,

— gleiche soziale und politische Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen,

— antifaschistische Erziehung und Aufklärung muß fester Bestandteil schulischer und betrieblicher Ausbildung sein,

— Jugendpreise für SchülerInnen und Jugendgruppen, die Arbeiten vorlegen, die der antifaschistischen Aufklärung dienen,

— Umwandlung der Kriegerdenkmale in Antikrieg- und Deserteurs-Denkmale!

Darüber hinaus sind wir insbesondere als GewerkschafterInnen aufgerufen, unsere Forderungen in konkreten Aktionen in die Betriebe zu tragen und mit sozialen Forderungen zu verknüpfen. Es ist unsere Aufgabe, den KollegInnen bewußt zu machen, daß Rassismus und Faschismus der größte Feind der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen sind.

Wir fordern alle gewerkschaftlichen Gliederungen in HBV und DGB auf, betriebliche, örtliche, landes- und bundesweite Aktionen durchzuführen,

— rassistische und faschistische Postwurfsendungen und Plakataktionen zu verhindern,

— in Zusammenarbeit mit den KollegInnen der IG Medien, die Ausstrahlung entsprechender Wahlspots und Anzeigen zu verhindern,

— bei Wahlen Aufklärungsaktionen ... durchzuführen,

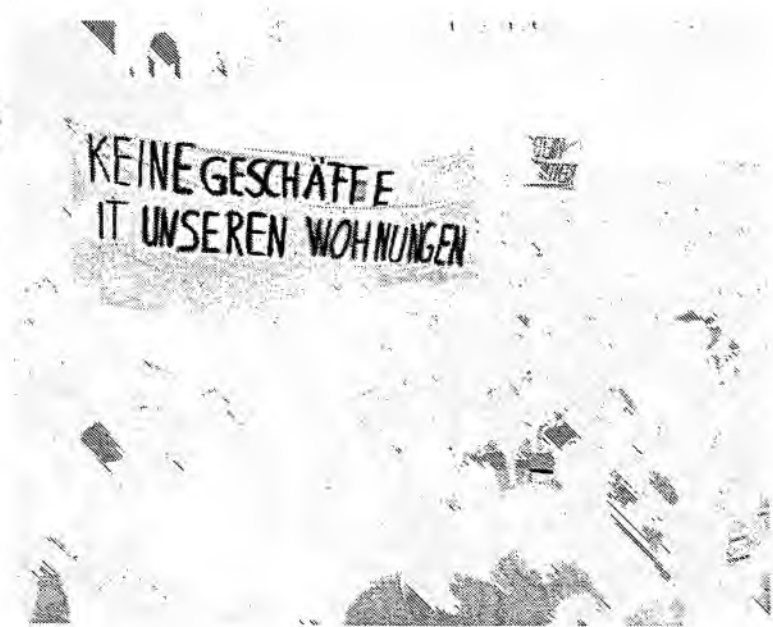
— antifaschistische Kommunalprogramme durchzusetzen,

— gewerkschaftliche Aktionstage, wie den 1. Mai zu nutzen, um die Forderung nach Einführung des 8. Mai als gesetzlicher Feiertag in die Öffentlichkeit zu tragen,

— Unterstützung bzw. Gründung antifaschistischer Bündnisse auf allen Ebenen zur Durchsetzung demokratischer Lösungskonzepte und Verhinderung von rechtsextremen Treffen!

Das Handeln der Gewerkschaften muß geprägt sein von dem Ziel, Faschismus und Rassismus zu skandalisieren, gleichzeitig aber Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, die geeignet sind, soziale, kulturelle und politische Verhältnisse zu schaffen, die Rassismus, Nationalismus und Faschismus den Boden entziehen ...

Die rechtsextreme Offensive der Ungleichheit und Menschenverachtung, erfordert den gewerkschaftlichen Kampf um eine Gesellschaft der Demokratie, Gleichheit und Solidarität!



Am 8. Juli demonstrierten erneut mehrere tausend vorwiegend Ostberliner gegen die geplanten Mieterhöhungen ab Januar 93 (siehe Bild). Wie dramatisch die Situation für viele Mieter im Ostteil der Stadt ist, zeigt die Antwort des Bausenators auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus nach „Mietrückständen bei dem von den Wohnungsbaugesellschaften in Ostberlin verwalteten Wohnraum“. So stiegen die Mietrückstände innerhalb von 6 Monaten vom 30.9.91 von 17.917 Mio. Mark bis zum 31.3.92 auf 39.829 Mio. Mark an. Gleichzeitig blieb die Zahl der Schuldner mit 73.075 (31.3.92) etwa gleich hoch, was zeigt, daß immer mehr Mieter nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer die Miete nicht mehr bezahlen können und dementsprechend von Mahnbescheiden und Räumungsklagen bedroht werden. Derzeit haben ca. 70 % der Mieter Schulden in Höhe von 1-2 Monatsmieten, 30 % sind bereits mit 3 und mehr Monatsmieten im Rückstand. Allein 1991 gab es 448 Räumungsklagen seitens der Wohnungsbaugesellschaften. Über die Situation der Mieter in Häusern mit Privatbesitzern ist nichts bekannt. — (har)

Beschäftigte müssen sich erneut um ihren eigenen Arbeitsplatz bewerben

Am 11. Juni d. J. hat das Berliner Abgeordnetenhaus das nebenstehende und in Auszügen dokumentierte Hochschulpersonal-Übernahmengesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz findet die Übertragung der westlichen Personalstruktur von Hoch- und Fachhochschulen auf die Einrichtungen der ehemaligen DDR statt.

Mit der durch den Einigungsvertrag bis zum 2. Oktober 1993 durch die Länder zu regelnden Übernahme des Hochschulpersonals der ehemaligen DDR wird die „Abwicklung“ der in der DDR betriebenen Wissenschaft und Forschung im großen und ganzen beendet. Nachdem die betrieblichen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen aus den Betrieben ausgegliedert und damit ihrer Grundlage beraubt, die Akademien der Wissenschaft, der Landwirtschaft, der Künste und die Bauakademie aufgelöst worden sind, werden durch die — länderspezifischen — Übernahmengesetze ein weiteres Mal tausende von Beschäftigten einer diskriminierenden Behandlung unterworfen.

Die Methode ist fast im gesamten öffentlichen Dienst dieselbe: das „bewäh-

re“ westdeutsche System wird den ehemaligen DDR-Einrichtungen bzw. Verwaltungen übergestülpt.

Beim Hochschulpersonal hat dies weitreichende Konsequenzen. Während es in der ehemaligen DDR — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — nur unbefristete Stellen für das wissenschaftliche Personal gab, gibt es an den Westberliner Hochschulen zu rund 85 % befristete Stellen bis maximal 5 Jahre.

Sieht man sich nun das Berliner Übernahmengesetz an, so fallen folgende Gemeinsamkeiten besonders auf:

— Eine inzwischen fast schon obligatorische Festlegung in Gesetzen (die DDR betreffend) ist, daß politische Kriterien für die Entscheidung der Übernahme eine Rolle spielen sollen. Dabei interessieren nicht nur die im Personalfragebogen gemachten und ggfs. bei der Gauck-Behörde überprüften Angaben nach offizieller/inoffizieller Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) oder nach Funktionen in Parteien, Massenorganisationen oder im FDGB, sondern es werden neue Kriterien wie politische „Bevorzugung“ (§ 1 Satz 2), „herausgehobene Position“ oder nachhaltig

„zur Stabilisierung des Herrschaftssystems der DDR beigetragen“ (§ 2 Absatz 3) eingeführt.

Dies zielt insbesondere auf das Hochschullehrpersonal. Nach dem Motto, nur wer Parteimitglied war, konnte studieren, nur wer besonders systemtragend war, konnte Professor werden (was dann gleichzeitig heißt: fachlich nicht qualifiziert!), wird versucht, möglichst wenig DDR-Hochschullehrer zu übernehmen, da diese nach bundesdeutschem Recht alle verbeamtet werden. Und auf diese lukrativen Stellen haben natürlich auch andere — westliche — Bewerber Appetit.

— Festzuhalten bleibt, daß kein Rechtsanspruch auf Übernahme besteht. D. h. selbst bei bestätigter persönlicher Integrität und fachlicher Eignung kann es passieren, daß man nicht übernommen wird. Maßgabe ist letztendlich immer der Haushaltsplan der Hochschule. Da dieser vom Abgeordnetenhaus bewilligt werden muß, hängt seine Höhe immer vom politischen Willen der regierenden Parteien und somit von den Mehrheitsverhältnissen ab.

Wer weder nach § 2 oder 3 noch nach § 4 übernommen werden soll (obwohl er positiv beurteilt worden ist), wird gemäß Einigungsvertrag wegen mangelnden Bedarfs gekündigt. Hier kommt dem Berliner Senat die vor kurzem vom Bundestag beschlossene Verlängerung dieser Regelung zugute (vgl. Politische Berichte 15/92).

— Für eine Antragstellung auf Übernahme — also für die erneute Bewerbung auf den schon eingenommenen Arbeitsplatz! — haben die Betroffenen sechs Wochen Zeit bis zum 1. August. Wer die Frist versäumt — warum auch immer — bleibt außen vor.

Wie unsinnig und zu welchen Problemen die Übertragung von westlichen Strukturen auf DDR-Verhältnisse ist, zeigt sich am Beispiel der Fachhochschulen. In den westlichen Bundesländern existiert an den Fachhochschulen kein sogenannter Mittelbau, es gibt also fast nur Professoren, und ein Großteil der Lehre wird durch Lehraufträge abgedeckt. In der DDR wird jedoch die Masse der Lehrprogramme durch den Mittelbau erbracht. Dieser kann sich jedoch nicht auf die Professorenstellen bewerben. Im Haushalt der Berliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft gibt es kein Überhangkapitel, aus dem — wenigstens vorübergehend — dieses Personal gemäß § 4 bezahlt werden könnte. Folge: Der gesamte Mittelbau an dieser Fachhochschule kann nicht übernommen werden.

Ganz sicher Absicht ist dies zumindest für die Humboldt-Universität. Zwei Drittel der derzeit in unbefristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigten Wissenschaftler ist promoviert oder gar habilitiert. Sie haben keine Chance, auf eine „Qualifikationsstelle“ zu kommen,

Gesetz über die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Hochschulen im Ostteil Berlins in Rechtsverhältnisse nach dem Berliner Hochschulgesetz

§ 1 Geltungsbereich und Grundsätze
Dieses Gesetz regelt die Übernahme des hauptberuflich beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gemäß § 7 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes vom 18. Juli 1991 ... Bei den Entscheidungen nach diesem Gesetz sind neben der erforderlichen Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung auch Benachteiligungen oder Bevorzugungen angemessen zu berücksichtigen, die auf nachweisbare politische Einflüsse im bisherigen Werdegang zurückzuführen sind.

§ 2 Übernahme von Dienstkräften

(1) Die Übernahme in Ämter für Professoren und Professorinnen gemäß § 102 des Berliner Hochschulgesetzes erfolgt durch Hausberufungen ...

(2) Die Dienstkräfte gemäß § 1 Satz 1 können auf ihren Antrag übernommen werden ..., wenn sie die jeweiligen Einstellungsbedingungen nach den Bestimmungen des Berliner Hochschulgesetzes erfüllen und überwiegend die entsprechenden Aufgaben wahrnehmen haben.

(3) Die Übernahme gemäß Absatz 2 erfolgt nach Maßgabe des Bedarfs in den jeweiligen Fächern und des jeweils geltenden Haushaltes und setzt voraus, daß die gemäß § 9 des Gesetzes zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes gebildete jeweilige Struktur- und Berufungskommission unter Beachtung der Bestimmung des § 1 Satz 2 die persönliche Integrität und Eignung des Bewerbers oder der Bewerberin oder des Antragstellers oder der Antragstellerin bestätigt hat und seine oder ihre Übernahme in das jeweilige Beschäftigungsverhältnis auf Grund der festgestellten Qualifikation und fachlichen Leistung empfohlen hat; in die Feststellung der persönlichen Integrität und Eignung können auch die Ergebnisse der Arbeit von Kommissionen zur Erneuerung der Hochschulen einbezogen werden, die vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes eingesetzt

worden sind. Gemäß § 75 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz des Hochschulrahmengesetzes ... besteht kein Rechtsanspruch auf Übernahme. Für eine Übernahme kann nicht berücksichtigt werden, wer vor dem 5. April 1990 in herausgehobener Position oder sonstiger Funktion auf nachhaltig wirksame Weise zur Stabilisierung des Herrschaftssystems der DDR beigetragen hat; die für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin geltenden allgemeinen Grundsätze sind zu beachten ...

§ 3 Qualifikationsverträge

Dienstkräfte gemäß § 1 Satz 1, die auf Qualifikationsstellen Aufgaben gemäß § 110 Abs. 3 des Berliner Hochschulgesetzes wahrnehmen sollen und die Einstellungsbedingungen ... erfüllen, können nach Maßgabe des jeweils geltenden Haushalts auf ihren Antrag ... übernommen werden. § 2 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 4 Weiterbeschäftigung in anderen Fällen

Dienstkräfte gemäß § 1 Satz 1, die nicht gemäß §§ 2 oder 3 übernommen werden, können im Überhang oder, für eine Übergangszeit von längstens fünf Jahren, unter Inanspruchnahme einer Stelle im Stellenplan, beschäftigt werden, soweit ihre Weiterbeschäftigung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der jeweiligen Struktur- und Berufungskommissionen ... nach Maßgabe der hierfür im jeweiligen Haushalt vorgesehenen verfügbaren Stellen und Mittel für nichtplanmäßige Beschäftigung möglich ist ...

§ 5 Antragstellung

Die Antragstellung gemäß §§ 2 und 3 ist bis zum Ablauf von sechs Wochen nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes zulässig. Die Entscheidungen über die Anträge und über Weiterbeschäftigungen im Überhang sollen bis zum Beginn des Wintersemesters 1992/93 getroffen werden ...

§ 7 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung im Gesetzes- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft. Es tritt am 31. März 1994 außer Kraft ...

Quelle: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin Nr. 27 vom 20. Juni 1992, Hervorhebungen durch den Verf.



Das Bundesverfassungsgericht bestätigte mit nur leichter sozialer Modifizierung die Regelungen zur Abwicklung der DDR-Wissenschaft im Einigungsvertrag. Bild: Beschäftigte der Akademie der Wissenschaften demonstrieren in Ostberlin

CDU und SPD verabschieden in aller Eile das Fusionsgesetz

Erst die 10. Fassung des Gesetzes zur Fusion der Fachbereiche Veterinärmedizin, Lebensmitteltechnologie und Agrarwissenschaften gelangte in das Berliner Abgeordnetenhaus und wurde auch prompt mit der Mehrheit von CDU und SPD verabschiedet (vgl. Politische Berichte 10/92). Allein mit diesem Gesetz, das seit dem 2. Juli inkraft ist, werden insgesamt 564 Stellen an den drei Universitäten Berlins auf Dauer eingespart. Die meisten davon auf Kosten der Beschäftigten der Humboldt-Universität, denn zeitgleich mit der Errichtung der „neuen“ Fachbereiche findet die Übernahme nach dem Hochschulpersonal-Übernahmengesetz statt (siehe oben). Aus diesem Grunde war die Verabschiedung beider Gesetze miteinander gekoppelt.

Um größere Widerstände der Universitäten zu vermeiden, beinhaltet die verabschiedete Fassung des Fusionsgesetzes eine großzügigere Zeitplanung und die Absicht, Mittel für das Personal bereitzustellen, das im Überhang geführt werden muß. Allerdings höchstens für die Dauer von 5 Jahren. Inzwischen erweisen sich jedoch diese vermeintlichen Zusagen als Seifenblasen (z. B. sollen

der Technischen Universität statt 5,2 nur 1 Mio. Mark Überhangmittel zugestanden werden).

Die gravierendste Änderung des Gesetzes ist zugleich eine weitere Benachteiligung der Humboldt-Universität. Entgegen der ausdrücklichen und sachlich begründeten Empfehlung des Wissenschaftsrates wird der neue gemeinsame Fachbereich Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin und nicht der Humboldt-Universität zugeordnet. Dies soll zwar nur für eine Übergangszeit von 5 Jahren sein; man kann sich aber jetzt schon ausrechnen, daß die Freie Universität nach getaner Aufbauarbeit nicht freiwillig auf diesen Fachbereich verzichten wird. Und für die Beschäftigten ist ein erneuter Wechsel auch nicht gerade angenehm.

Die Umsetzung des Fusionsgesetzes hat inzwischen begonnen. Unter Umgehung bzw. Ausgrenzung der Personalräte und Frauenbeauftragten wird versucht, Fakten zu schaffen. In einem Brief an die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung beschwert sich z. B. der Personalrat der Technischen Universität, daß er von der Gründungssitzung ausgeschlossen werden sollte,

u. a. dadurch, daß er nicht eingeladen wurde und die Sitzung an einem Samstag stattfand.

Auch in den Musterübernahmeverträgen für die Beschäftigten werden vornehmlich die Interessen der Universitäten und weniger die der Beschäftigten geregelt. So soll der Humboldt-Universität das Recht eingeräumt werden, zu viel gezahlte Bezüge (wegen zu hoher Eingruppierung) zurückzufordern, jedoch nicht umgekehrt. Und den Beschäftigten der Technischen Universität, die an die Humboldt-Universität wechseln, wird zwar weiterhin der Westtarif bezahlt, es wird aber nicht geregelt, ob sie zukünftige Tarifierhöhungen erhalten werden.

Darüber hinaus ist die Absicht der Verwaltung bekannt geworden, die wissenschaftlichen Beschäftigten der Humboldt-Universität vor Übergang an die Technische Universität in ein befristetes Arbeitsverhältnis „zu überführen“, ohne zu sagen, wie lange diese Befristung dauern soll. Auf diese Art und Weise soll der schnelle Abbau der im Überhang Beschäftigten gewährleistet werden. Da die überwiegende Mehrheit der an der Humboldt-Universität beschäftigten

die analog der Personalstruktur der westberliner Hochschulen rund 85 % des Mittelbaus ausmachen. Als „Kündigungsgesetz für den Mittelbau“ wird dieses Gesetz denn auch von vielen bezeichnet. Insgesamt 3400 Stellen wissenschaftlichen Personals will der Senat im Ostteil Berlins hauptsächlich auf diese Weise abbauen.

Die Gewerkschaften ÖTV und GEW haben massive Kritik an diesem Gesetz geäußert. So kritisiert die ÖTV u. a., daß sich die Ziele des Gesetzes an hochschulrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorgaben orientieren und nicht da-

ran, welchen Bedarf es gibt. Insbesondere wendet sich die ÖTV jedoch gegen die gesetzliche Aushebelung des Arbeitsrechts durch einseitige Umwandlung von unbefristeten in befristete Arbeitsverträge. Die ÖTV empfiehlt deshalb allen Betroffenen, Anträge auf Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu stellen und keine Vertragsangebote, die eine Befristung vorsehen, zu unterschreiben. Eine Flut von Arbeitsgerichtsprozessen wird erwartet.

Quellen: Flugblatt der ÖTV zum Hochschulpersonal-Übernahmengesetz; Der Tagesspiegel v. 6. 5. 92 und 21. 5. 92 — (har)

Übernahmengesetz) mittels eines Gutachtens auf ihre Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonformität überprüfen.

Quellen: Gesetz zur Fusion der Fachbereiche Veterinärmedizin, Lebensmitteltechnologie und Agrarwissenschaften in Berlin; HU-Aktuell, Ausgabe Juni 92; Schreiben des Personalrats der TU an den Wissenschaftssenator — (har)



Studenten und Beschäftigte der Veterinärmedizinischen Fakultät der HUB demonstrieren für den Erhalt ihres Standortes in Berlin-Mitte — erfolglos

Wir dokumentieren Auszüge aus einem Thesenpapier der Arbeitsgruppe Wirtschaft des Landesverbandes der PDS Thüringen vom 30. April 1992, das auf einer strukturpolitischen Konferenz der PDS in der ostthüringischen Region Anfang Mai vorlag. Das Dokument wurde entnommen dem „Rundbrief“ der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ bei der PDS.

**Erfurt, 30. April 1992
Arbeitsgruppe Wirtschaft des
Landesverbandes der PDS Thüringen**

**Thesen zum Thema
Beschäftigung sichern**

Die CDU hat vor zwei Jahren mit dem Wahlversprechen „... keinem soll es schlechter gehen ...“ Regierungsverantwortung übernommen. Innerhalb weniger Jahre sollte im Osten Deutschlands ein Lebensniveau erreicht werden, das dem der Alt-BRD entspricht.

Auf der Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft sollte sich mit „wenig Staat“ und viel privater Initiative die dafür notwendige wirtschaftliche Umstrukturierung vollziehen. Im zweiten Jahr nach der Währungsunion und dem staatlichen Anschluß der DDR an die BRD wird die Wirtschaft durch einen katastrophalen Niedergang, das vielfache Aus für traditionelle Produktionsstandorte und die Zerstörung von Strukturen und Produktionsverflechtungen in allen Bereichen der Wirtschaft gekennzeichnet. Die Wirtschaftskreisläufe sind weitgehend zusammengebrochen. Die Politik der Bundesregierung nach der Währungsunion mit ihren verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen hat nicht die notwendigen Bedingungen für eine sich selbst tragende, auf in notwendigen Maße eigenständigen innovativen Leistungen basierende Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern geschaffen, sondern diese beträchtlich verschlechtert.

Die Steuerung des Umstrukturierungsprozesses über die Verwertungsinteressen des privaten westdeutschen Kapitals war von vornherein eine Strategie, die eine weitgehende Zerstörung von Wirtschaftspotentialen und die millionenfache Vernichtung von Arbeitsplätzen in Rechnung stellte. Die Politik der Bundesregierung bei der Einführung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik in den ostdeutschen Ländern hat ein spezifisches sozialökonomisches Resultat hervorgebracht, das als Filialökonomie westdeutscher Konzerne, Banken, Versicherungsgesellschaften und Handelsketten beschrieben werden kann. Die damit verbundene Fremdbestimmung über die Unternehmen ist nicht nur vielfach mit deren Degradation zu verlängerten Werkbänken verbunden, sondern auch mit der Gefahr, daß diese Unternehmen zu einer konjunkturellen Manövriermasse werden.

Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt und der fast vollständige Verzicht auf Sanierungsaktivitäten haben den Prozeß der Entindustrialisierung und der Zerstörung eigenständiger Innovationspotentiale der Unternehmen vorangetrieben.

Für die noch zur Treuhand gehörenden Betriebe wurden bisher Finanzmittel überwiegend zur Sicherung der Liquidität vergeben, nicht jedoch für die Modernisierung des Kapitalstocks.

Eine Industriepolitik ist von der Treuhand nicht betrieben worden. Dafür besitzt sie nicht den politischen Auftrag und die erforderliche Organisationsform. Die vor allem aus westdeutschen Banken und Konzernen stammenden Führungskräfte der Treuhandanstalt wollen eine solche Politik auch nicht und können sie auch nicht bewältigen.

Die Bundesregierung hat bisher einen direkten und lenkenden Einfluß staatlicher Wirtschaftspolitik auf den strukturellen Wandlungsprozeß in Ostdeutschland, insbesondere in Form einer branchenbezogenen Struktur- und Industriepolitik als nicht ordnungskonform abgelehnt. Sie orientiert weiterhin auf die Steuerung des Strukturwandels über den Markt.

Das Bonner Modell einer Marktwirtschaft hat sich für Ostdeutschland als nicht tauglich erwiesen. Es ist nicht in der Lage, die hier und heute stehenden Probleme in den neuen Bundesländern und darüber hinaus in Osteuropa zu lösen.

Die Bundesregierung hat nach den ersten massiven Widerständen gegen ihre Kahlschlagpolitik im Frühjahr 1991 das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ beschlossen.

Aus der Diskussion der PDS Thüringen: „Beschäftigung sichern“ – Thesen

Die Hauptmängel des Gemeinschaftswerkes liegen in der fehlenden Verbindung von Wirtschaftsförderung, Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Strukturpolitik, die kurzfristige Anlage des Programms für nur zwei Jahre, was in krassem Widerspruch zur Langfristigkeit der Strukturanpassung steht, sowie den zu geringen Mitteln für die Länder und Kommunen.

Auch die Investitionsförderprogramme der Bundesregierung blieben weitgehend wirkungslos. Es ist offensichtlich, daß mit der gegenwärtigen Strukturpolitik weitgehend über die Zukunft des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland und die Arbeits- und Lebensbedingungen seiner Bewohner entschieden wird. Die Voraussagen bewegen sich in zwei Extremen eines zweiten Wirtschaftswunders bis hin zur modernsten und attraktivsten Wirtschaftsregion Deutschlands und seiner Verstärkung des wirtschaftlichen Rückstandes bis zu einem deutschen Südtal mit deutlichem sozialen Gefälle zu den alten Bundesländern, dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung der aktiven Bevölkerungsgruppen trotz ständiger Transferzahlungen. Entgegen den optimistischen Visionen ist die tatsächliche Entwicklung in Richtung der zweiten Möglichkeit verlaufen.

Ein Annäherungsprozeß an das wirtschaftliche und soziale Niveau der alten Bundesländer wird, wenn überhaupt,

ihre Persönlichkeit zu entfalten. Darum ist es notwendig, Thüringen als Produktionsstandort zu erhalten. Wir wollen keine Wirtschaft mit der Zielstellung einer privaten Profitmaximierung, wir wollen eine effiziente Wirtschaft als Mittel zum Zweck

— der Sicherung des Lebensunterhaltes durch Arbeit,
— der freien Entfaltung der Persönlichkeit und
— des sozialen Fortschritts.

Voraussetzung dafür ist, daß den in Thüringen lebenden Menschen die Möglichkeit gegeben ist, durch eigene Arbeit an der Schaffung des Reichtums der Gesellschaft mitzuwirken und daran Anteil zu erhalten.

Diese Voraussetzung ist gegenwärtig nicht gegeben!

Deshalb sehen wir in der Sicherung der Beschäftigung die zentrale Frage, um den Menschen in diesem Land, insbesondere der Jugend, eine Perspektive zu geben, damit es sich lohnt, in diesem Land zu bleiben.

Um weitergehenden ökonomischen und sozialen Schaden zu verhindern, ist eine grundlegende wirtschaftspolitische Wende mit einer aktiven Strukturpolitik und einer Demokratisierung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik dringend erforderlich.

Ihre vordringlichen Aufgaben sind: den Prozeß der weiteren Zerstörung von Wirtschafts- und Industriepotentialen

März 90/91 Kurzarbeiter, von denen über die Hälfte (51,3 Prozent) einen Arbeitsausfall von mehr als 50 % haben.

66 598 Menschen befinden sich in zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Ein beträchtlicher Anteil von Personen ohne Arbeit befindet sich in einer beruflichen Weiterbildung. Über die durchschnittliche Verweildauer in einer Weiterbildung gibt es keine statistischen Angaben. Nach eigenen Berechnungen befanden sich Ende September 1991 ca. 70 000 Personen in einer Weiterbildung bzw. Umschulung und der Trend bei der statistisch erfaßten Kennziffer „Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung – Eintritte gemeldet im Monat“ ist stark anwachsend.

Zum Erkennen des vollen Ausmaßes der Nichtbeschäftigung gehört das altersbedingte Zwangsausscheiden aus dem Arbeitsprozeß – gemeint sind Vorruhestandler (51 490) und Altersübergangsgeld (79 366), also 130 856 Personen Ende März 1992.

Daß der Rückgang bei Kurzarbeitern nicht im gleichen Maß zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt hat, liegt zu einem großen Teil daran, daß viele von ihnen in das Alt-Bundesgebiet pendeln bzw. ganz wegziehen.

Setzt man diese Pendler mit einer Größenordnung von ca. 100 000 an, erhält das Beschäftigungsproblem folgende Dimension:

(Doppelzählungen können nicht ausgeschlossen werden) könnten damit in den nächsten Jahren in Thüringen 170 000 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen werden. Dem stehen aber bereits Ende März 20212 Arbeitslose und 90 913 Kurzarbeiter gegenüber und weitere Entlassungen in Dimension sind bereits vollzogen.

Was wird aus dem Rest von einer halben Million arbeitsfähigen und arbeitswilligen Thüringern? Und dort, wo in der gewerblichen Wirtschaft investiert wird, werden nur wenige Arbeitsplätze erhalten oder neue geschaffen, und der tertiäre Sektor ist nicht in der Lage, adäquat Arbeitskräfte aufzunehmen.

Hinzu kommt noch der internationale Aspekt.

Die Öffnung Osteuropas mit verstärkter Einwanderung, die Gestaltung des Europäischen Binnenmarktes mit zu erwartender Arbeitsplatznachfrage ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland und vor allem der Crash-Kurs wirtschaftlicher Umstellung im Beitrittsgebiet erzwingen neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik, die jetzt nicht mehr nur zeitweiligen Charakter tragen dürfen.

III. These zur Politik der Regierung zur Bewältigung des Beschäftigungsproblems

Die durch die Bundesregierung betriebene Arbeitsmarktpolitik ist darauf gerichtet, soziale Konflikte zu mildern. Das Beschäftigungsproblem kann und will sie aufgrund der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse nicht lösen.

Notwendig ist eine völlig neue Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

In Thüringen besteht Ende Februar 1992 nur für jeden dritten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Betroffenen die Chance auf einen neuen Arbeitsplatz, einer ABM oder einer Umschulung und für zwei Drittel nicht!!!

Diese Dimensionen belegen, daß sämtliches bisheriges arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium überfordert ist, weil — nach wie vor Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern nicht in erforderlichem Maße mit Wirtschafts- und Strukturpolitik gekoppelt wird, — bisherige Arbeitsmarktpolitik einer funktionierenden, möglichst dynamisch expandierenden Wirtschaft bedarf und diese flankiert.

Verlierer einer solchen durch die Bundesregierung praktizierten Politik sind insbesondere die Frauen, aber auch ABM und Umschulungen sind nichts anderes als ein Rückstau der Arbeitslosigkeit. Beide können ihre Zielstellung, nämlich Schaffung von Dauerarbeitsplätzen bzw. Qualifizierung für eine neue Tätigkeit nur dann erfüllen, wenn sie sich an einer Strukturpolitik orientieren können.

Ergebnis dieser konzeptionslosen Politik der Bundesregierung ist auch der Abbau von 85 800 Beschäftigten in Forschung und Entwicklung auf 25 000 im Jahr 1991.

Der Einsatz eines „Schönwetterinstrumentariums“ für Notstandssituationen kann das Problem nicht lösen, wo es noch dazu in seiner Nutzung aus Kostengründen weiter beschränkt werden soll. Eine Lösung bietet auch mit Sicherheit nicht der Markt.

Die Tatsachen belegen, daß das durch die Bundesregierung praktizierte arbeitsmarktpolitische Konzept weder den gegenwärtigen noch den Langzeitfolgen des wirtschaftlichen Kahlschlags der ostdeutschen Regionen genügen kann.

IV. These zum Recht auf Arbeit

Wir wollen Arbeit für alle, die arbeiten wollen, wissen aber, daß Vollbeschäftigung derzeit unrealistisch ist.

Grundsätzlich kann im Rahmen der gegenwärtig praktizierten marktwirtschaftlichen Ordnung weder das Recht auf Arbeit garantiert noch ein existentielles Minimum unter allen Umständen gesichert werden.

Immer mehr Menschen verlieren so die Chance, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Immer weniger Erwerbspersonen können sich am Prozeß der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligen und profitieren davon.

Die Arbeit wird nicht für alle reichen! Arbeit darf aber nicht zu einem Privileg werden!

Unser Standpunkt:



Bild: af/mz

nur über einen längeren historischen Zeitraum möglich sein und wesentlich mehr Aufwendungen erfordern, als bisher durch die Bundesregierung konzipiert.

Heute zeichnet sich in der Realität ab, daß die Versprechen der Regierenden zeitlich nicht aufgehen werden. Arbeitsplätze werden in Dimension fehlen, weil ihre Zerstörung erfolgt ist.

Gravierende Strukturbrüche und flächendeckender Rückgang der Industrieproduktion — bis hin zum Zusammenbruch des produzierenden Gewerbes — sind für die Wirtschaft in Thüringen kennzeichnend. Das Ausmaß des wirtschaftsstrukturellen Zusammenbruchs in Thüringen ist bereits in die Phase einer regelrechten Deindustrialisierung getreten.

Die Folge ist ein gewaltiger Produktions- und Beschäftigungsrückgang.

Wurden Ende Dezember 1990 in der Wirtschaft Thüringens noch 2 237 Millionen DM umgesetzt, waren es Ende 1991 1 188 Mio DM — Rückgang auf 53 %. Das heißt, daß in der Thüringer Industrie 1991 nur etwa ein Viertel des Jahres 1985 produziert wurde. Das ist nicht Ausdruck einer wirtschaftlichen Umstrukturierung, sondern eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Als Partei des Demokratischen Sozialismus wollen wir, daß die Menschen hier in Thüringen bleiben können, hier bezahlte Arbeit finden, um — ganz im Sinne des Grundgesetzes der BRD —

mit der Vernichtung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen endlich aufzuhalten, die notwendige Strukturanpassung nicht als Zerstörung, sondern verstärkt als Neuaufbau von modernen Strukturen zu gestalten und dabei die Wirtschafts- und Strukturentwicklung mit der Ökologisierung von Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsprozessen sowie einer Regionalisierung der Wirtschaft zu verbinden.

I. These zur Bestimmung der Ausgangslage

In Ostdeutschland geht voraussichtlich die Zahl der Arbeitsplätze (Erwerbspersonen) von 9,6 Millionen 1989 auf weniger als 5 Millionen 1992 zurück, in der Industrie von über 3 Millionen auf etwa 1 Million.

Die bloße Bezifferung von 20212 Arbeitslosen (Ende März 1992) in Thüringen engt das tatsächliche Problem — nicht durch eigene Tätigkeit seinen Lebensunterhalt verdienen zu können — quantitativ unzulässig ein und entspricht damit der Wahrheit nur äußerst unvollständig.

Das entscheidende Problem besteht in der Sicherung von Beschäftigung, damit den hier lebenden Menschen eine Existenzgrundlage bleibt, daß die Menschen hier auch morgen arbeiten und leben können. Das Beschäftigungsproblem ist damit weitaus umfassender als die bloße Betrachtung der Arbeitslosigkeit.

Neben den Arbeitslosen gibt es Ende

Über 700 000 Erwerbspersonen unterliegen entweder erheblichen Erschwernissen, erheblicher Arbeitsplatzgefährdung, dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt oder sind gänzlich ohne Tätigkeit. Real haben etwa 70 000 Erwerbspersonen keinen vollwertigen Arbeitsplatz in Thüringen. Das sind etwa 54 % der 1989 in Thüringen Beschäftigten.

II. These zur weiteren Entwicklung des Beschäftigungsproblems

Die Beschäftigungstendenz ist weiter sinkend.

Die Treuhand hat mit der Ankündigung noch ca. 300 000 zu entlassen, die Weichen schon gestellt. Ein Auslaufen der für die neuen Bundesländer zeitweilig modifizierten Kurzarbeiterregelung sowie Engpässe in der ABM-Finanzierung werden unweigerlich zur weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktsituation in Thüringen führen.

Zwischen der Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Neuschaffung bzw. Erhaltung besteht eine gewaltige Diskrepanz.

Nach Aussagen der Treuhand bestehen für Thüringen Zusagen für die dauerhafte Sicherung von über 110 000 Arbeitsplätzen. Durch Fördermaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft und den Fremdenverkehr sollen nach Aussagen des Wirtschaftsministers ca. 60 000 Dauerarbeitsplätze neu geschaffen werden.

Bei einer großzügigen Betrachtung

Das Recht auf Arbeit gehört zu den unveräußerlichen Menschenrechten. Arbeit für alle ist für uns keine Utopie, sondern eine Grundvoraussetzung für ein demokratisches und solidarisches Miteinander.

Grundsätzlich ist soziale Sicherheit in der Marktwirtschaft an dauerhafte Erwerbstätigkeit geknüpft. Sobald eine Unterbrechung, und wie im Beitrittsgebiet eine vom Arbeitnehmer nicht verschuldete Unterbrechung, der Erwerbstätigkeit langfristiger Dauer einsetzt, droht über kurz oder lang akute Existenzgefahr.

Daraus leitet sich eine zweigeteilte Aufgabenstellung ab:

- neben der vordringlichen Konzentration aller Kräfte auf die Erschließung von dauerhaften Erwerbsfeldern ist es gleichlaufend dringend notwendig,
- den mit großer Sicherheit nicht wieder in die Erwerbstätigkeit Eingliederbaren (mehrere Millionen im Beitrittsgebiet) sozial im Rahmen der Existenznormen abzusichern.

V. These

zu Haupttrichtungen zur Lösung des Beschäftigungsproblems

Grundlegende Voraussetzung für die Lösung des Beschäftigungsproblems ist eine Veränderung in der Verteilung des vorhandenen Reichtums der Gesellschaft. Mit den bisherigen Denkweisen, praktisierten Mechanismen und Verteilungsprinzipien der Regierungsparteien können die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Osten Deutschlands nicht bewältigt werden.

1. Dringend notwendig ist eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Größe der Probleme und Herausforderungen in Ostdeutschland führt dazu, daß die Selbstheilungskräfte des Marktes und auch die traditionellen wirtschafts- und strukturpolitischen Instrumentarien unzureichend und nicht geeignet sind, um einen Ausweg zu finden; eine aktive regionale und sektorale Strukturpolitik ist dringend notwendig. Eine solche Politik stößt unweigerlich auf Schranken der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, den Spielraum für eine Strukturpolitik im Interessenkonflikt Kapital — Arbeit sichtbar zu machen, d. h. nicht in Illusionen zu verfallen, aber auch die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Das bedeutet ein Reformkonzept neuer Qualität zu verfolgen, das die Demokratisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik sowie die sozialen und ökologischen Interessen der heutigen und zukünftigen Generationen in den Vordergrund stellt, das aber gerade deshalb auch auf die Strukturpolitik, Stabilisierung und Revitalisierung der Wirtschaft gerichtet ist.

Kernpunkt einer Strukturpolitik im Interesse der Bevölkerung ist die Erhaltung bzw. Wiederherstellung des Produktionsstandortes Ostdeutschland. Durch Strukturpolitik muß eine auf eigenständigen technologischen Grundlagen fußende Leistungsentwicklung der Wirtschaft gefördert werden. Für den Erhalt und die Weiterentwicklung des produzierenden Bereichs, insbesondere der Industrie, ist die Verbindung von Forschungs- und Technologiepolitik mit der Industrie- und Strukturpolitik ein entscheidendes Moment. Aktive Strukturpolitik ist in besonderem Maße zukunftsorientierte Technologiepolitik bei ständiger Innovation von Erzeugnissen und Verfahrenstechniken. Aktive Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, d. h. nicht auf die Selbstheilungskräfte des Marktes hoffen, sondern gestaltende Einflußnahme im Sinne der zielgerichteten Schaffung von Rahmenbedingungen. Es ist ein grundlegendes Erfordernis, Arbeitsmarktpolitik umfassend und konstruktiv mit Wirtschaftspolitik zu verbinden, d. h. Schaffung von Arbeitsangebot im Rahmen marktfähiger Produktion und Leistungen.

2. Quantitative Ausweitung bezahlter Tätigkeit für gesellschaftlich nützliche Zwecke wie z. B. kulturelle, soziale (Erziehung) und Umweltbereiche.

3. Verkürzung der Lebensarbeitszeit und Flexibilisierung der Arbeitszeit.

VI. These

zur Verantwortlichkeit für die Lösung des Beschäftigungsproblems

Forderungen müssen und können an den Staat gestellt werden, um darüber Einfluß auf die private Wirtschaft auszuüben, weil sich die privatkapitalistische Wirtschaft diesem Problem nicht stellt. Die Gesetze der Marktwirtschaft wirken so, daß der Markt einerseits Initiator und Regulator der Produktion ist und zugleich ständig Gefahren einer Überproduktion und der krisenhaften Entwicklung von ihm ausgehen. Deshalb kann nur der Staat durch planendes, koordinierendes und regulie-

rendes Handeln die Rahmenbedingungen für eine effiziente Wirtschafts- und Sozialpolitik setzen. Unter Staat verstehen wir zum einen die Bundesregierung und die Treuhandanstalt und zum anderen die Landesregierung und die Kommunen.

Was meinen wir mit der Forderung nach dem Eingreifen des Staates? Wir wollen weder alten noch neuen Zentralismus, aber auch nicht das freie ungezügelte und ungehemmte Spiel der Marktkräfte. Der Staat muß eine aktive Führungsrolle annehmen und ausüben. Wenn wir die Forderung nach mehr Staat erheben, meinen wir das nicht im quantitativen und institutionellen Sinn. Wir verstehen darunter eine neue inhaltliche Qualität der Aufgaben, denen sich der Staat im Interesse des Fortbestehens der gesamten Gesellschaft (und nicht einer privilegierten Schicht) stellen muß. Das geht natürlich weit über das bisherige staatliche Instrumentarium hinaus.

Darüber hinaus unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften nach:

- der Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten auf regionaler und Landesebene;
- der Verkürzung der Arbeitszeit, um Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen;
- der Mitbestimmung am Arbeitsplatz;
- dem Ausbau von Beschäftigungsgesellschaften zu Instrumenten gestaltender Strukturpolitik;
- der Angleichung der Löhne und Gehälter.

VII. Thesen

zu Forderungen an den Staat

a) Forderungen an die Bundesregierung und die Treuhandanstalt

1. Schaffung von Rahmenbedingungen zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Um den Anspruch des Grundgesetzes zu verwirklichen "... jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ..." (Artikel 2, Absatz 1), um den Menschen in Thüringen ihr Zuhause zu erhalten und eine Zukunft zu bieten, sehen wir die Aufgabe des Staates darin, den Unternehmen zu helfen, Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, wobei dem produzierenden Gewerbe eine Schlüsselrolle zukommt. Dazu fordern wir den Staat als zeitweiligen Unternehmer (Industrie-Holding), in der Funktion des Arbeitgebers mit dem Ziel, dem vorhandenen Wirtschaftspotential in den ostdeutschen Bundesländern über konsequente Sanierungspolitik und Rationalisierung Anpassungschancen einzuräumen, den Regionen Existenzgrundlagen zu erhalten und soziales Elend zu vermeiden.

2. Die Politik der Treuhandanstalt ist zu einer Industriepolitik weiterzuentwickeln.

2.1 Der Treuhandanstalt ist per Gesetz ein klarer Sanierungsauftrag zu erteilen.

2.2 Die Treuhandanstalt ist inhaltlich und organisatorisch grundlegend umzugestalten. Durch die Bundesregierung ist der Treuhand — als Verwalter der durch die Menschen hier in über 40 Jahren geschaffenen Werte — die Vollmacht zu geben, diese Werte auch im Interesse der hier lebenden Menschen einzusetzen. Wir wollen keine Stützung konkursreifer Unternehmen, aber es ist notwendig, daß über einen bestimmten Zeitraum hinweg den Unternehmen die Chance eingeräumt wird, durch Entwicklung neuer Erzeugnisse und Technologien solche Produkte herzustellen, für die auf den Märkten ein Bedarf vorhanden ist. Die Treuhandanstalt soll den Unternehmen Hilfe und Unterstützung geben, um möglichst viele Arbeitsplätze mittelfristig wettbewerbsfähig zu machen. Voraussetzung dafür ist, daß die Treuhandanstalt die Betriebe und Unternehmen benennt, die sanierungs-

würdig sind. Auch das ist einzufordern. Wir fordern weiter die sofortige Entschuldung von sanierungsfähigen Unternehmen der Treuhandanstalt.

2.3 Gründung von Industrie-Holdings nach Branchen.

3. Demokratisierung der Treuhandanstalt.

3.1 Drittparitätische Zusammensetzung des Verwaltungsrates durch Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften unter stärkerer Einbeziehung von Bürgern aus Thüringen.

3.2. Vetorecht der Länder und Kommunen.

3.3 Bildung von Aufsichtsräten auch für Kapitalgesellschaften unter 500 Beschäftigte.

4. Eine Steuer- und Kreditpolitik, die darauf zielt, das Vermögen privater Besitzer für die Zwecke einer produktiven Akkumulation einzusetzen, z. B. durch die Einführung einer Investitionshilfsabgabe für die gewerbliche Wirtschaft der alten Bundesländer in Anlehnung an das Investitionshilfegesetz der BRD von 1952, damit staatliche Investitionen für die Zwecke einer produktiven Akkumulation (auch in Treuhand-Betrieben) bereitgestellt werden können.

5. Erhebung einer Arbeitsmarktabgabe, die nicht nur Lohnabhängige, sondern auch Beamte, Freiberufler und Selbständige zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik heranzieht.

6. Ausweitung bezahlter Tätigkeiten auf kulturelle, soziale (Erziehung) und ökologische Aufgaben bzw. Dienstleistungen, die im Interesse der Gesellschaft liegen.

7. Erhaltung bzw. Neubelebung der Märkte, insbesondere im Osten (Hermes-Bürgschaften).

8. Und nicht zuletzt ist der Staat gefordert, den notwendigen Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten, z. B. durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Was sich in den neuen Bundesländern vollzieht, ist längst praktizierte Deregulierung, ist Diskriminierung der Bürger dieser Länder!

b) Forderungen an die Landesregierung

Grundlegende Forderung an die Landesregierung ist, daß sie ihre Verantwortung für eine eigenständige und aktive Wirtschaftspolitik in Thüringen wahrnimmt und nicht alles dem Selbstlauf der marktwirtschaftlichen Kräfte überläßt. Entscheidende Frage: „Wie will die Landesregierung diese ihre Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen wahrnehmen?“, oder will sie — wie bisher — im wesentlichen tatenlos zusehen? Ziele einer eigenständigen und aktiven Regionalpolitik in Thüringen sollten sein:

- Förderung einer wertschöpfenden Produktion.
- Ausgleich von Standortnachteilen.
- Anreize für internationale Investoren schaffen.

Das schließt gleichermaßen eigenständige Positionen zu einer Forderungspolitik gegenüber Bonn ein.

Dazu fordern wir im einzelnen:

- 1. Erhaltung der Wirtschaftsstandorte der — standortgebundenen Produktion (Elektroenergie, Gas, Fernwärme, Lebensmittelindustrie, Baumaterialienindustrie, Druckereien ...)
- traditionellen Thüringer Branchen (Fein- und technische Keramik, Glasindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Optik, Möbelindustrie, Pressenproduktion, Kali ...)
- Zweige für die industrielle Infrastruktur (Normteile, Metallwaren, Meßgeräte, Gießereien, chemische Industrie für gewerbliche Zwecke ...) und deren Ausbau

zu Standortvorteilen für Thüringen.

2. Veränderung der Politik bei der Gewährung von Fördermitteln.

2.1 An die Stelle der bisherigen Subventionierung von Investitionen sollte die Subventionierung der Schaffung (besetzter) Arbeitsplätze treten, d. h. Ausreichung der Fördermittel nicht in Abhängigkeit von der Höhe der Investitionssumme sondern in direkter Abhängigkeit von den tatsächlich geschaffenen Arbeitsplätzen.

2.2 Die Regionalpolitik sollte stärker innovationsorientiert ausgerichtet werden, z. B.

— durch ein flächendeckendes System von regionalen Entwicklungsagenturen, die regionale Entwicklungsprogramme konzipieren und realisieren

— durch ein flächendeckendes System von Technologietransferstellen, um regionsansässige und neugegründete Unternehmen bei Produkt- und Verfahrensinnovationen zu unterstützen.

2.3 Förderung von Bereichen, die für die Zukunft und die Wertschöpfung von Bedeutung sind wie z. B. Umwelttechnologien, Technik/Technologie für Recycling, Konversion der Rüstungsindustrie, Altlastensanierung.

2.4 Konzentration der Fördermittel auf Wachstumskerne.

2.5 Bindung der Fördermittel an die Beziehung von Investitionsgütern aus ostdeutschen Unternehmen („local content“-Klausel). Analog beim Verkauf von Treuhandunternehmen. Analog bei Beschaffungsaufträgen der öffentlichen Hand.

2.6 Bündelung der Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme von Bund und Ländern; Durchschaubarmachen der Administration.

3. Konzept der Regierung gegenüber der Treuhand. Was will die Regierung mit oder gegenüber der Treuhand durchsetzen?

4. Demokratische Mitsprache der Landesregierung und der Kommunen bei Entscheidungen über Sanierung, Privatisierung und Veräußerung von Betrieben der Treuhand in Thüringen und öffentliche Rechenschaftslegung über diese Tätigkeit.

5. Mehr Thüringer in verantwortungsvollen Positionen.

c) Forderungen an Gebietskörperschaften (Kommunen)

5.1 Erarbeitung von gemeinde- und kreisübergreifenden Konzepten der Regionalentwicklung (übergreifende Betrachtungen unter dem Aspekt sich selbst tragender wirtschaftlicher/regionaler Einheiten).

5.2 Errichtung von Technologie- und Innovationszentren.

5.3 Erhalt bzw. Errichtung von höheren Bildungseinrichtungen.

5.4 Konzepte zur Behandlung von Industriebrachen

5.5 Neuordnung des Finanzausgleichs.

Anzeige

Der **Rundbrief** der Arbeitsgemeinschaft bei der PDS „Konkrete Demokratie/ Soziale Befreiung“ erscheint alle zwei Monate im GNN-Verlag Bayern, Dachauerstr. 28, 8000 München 2. Ein Einzelheft kostet 1,80 DM zzgl. Porto. Ein Jahresabo kostet 14,40 DM, ein Förderabo 20 DM. Bestellungen bitte richten an: GNN-Verlagsgesellschaft in Bayern m. B. H., Dachauerstr. 28, 8000 München 2.

Termine

1. 8. Internationales Kurdistan-Festival im Ruhrstadion in Bochum. Mit Musik- und Folkloregruppen aus allen vier Teilen Kurdistans, aus Zypern, Azania, Griechenland und anderen Ländern:

3. 8. - 6. / 7. 8. 92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort: Schnepfenthal. Folgende Kurse werden angeboten:

— Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesellschaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln?

— Strukturpolitik in den neuen Bundesländern und moderne ökonomische Theorien

— 1945 — eine verpaßte Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 623 26 10, Fax Gera 2 31 80; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/ 220 42 78, Fax: 2 29 74 19.

29. 8. 92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebsgesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

1. 9. 92. Anti-Kriegstag.

12. / 13. 9. 92 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover, Freizeitheim Lister Turm, Walderseest. 100, von Samstag 12 Uhr bis Sonntag 15 Uhr.

19. 9. bis 29. 9. Der europaweite Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus beginnt in Wien, Hamburg, Bremen und Berlin. Veranstalter: Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) u.a. Der Marsch endet in Straßburg.

26. / 27. 9. 92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: Birkenhain, bei Leipzig.

26. / 27. 9. 92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10. / 11. 10. 92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

11. bis 17. 10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

31. 10. / 1. 11. 92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Baldige Anmeldung erbeten.

1. bis 5. 11. 92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7. 11. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. 11. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15. 11. 92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongress“ der PDS unter dem Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14. / 15. 11. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Genauer Ort und Themen werden noch bekanntgegeben.

28. / 29. 11. 92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

Neuerscheinungen im GNN-Verlag

„Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß“ (Lukács)

Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992

Preis: 10,— DM

Bestellungen an:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 2602 26, 5000 Köln 1

Andreas Meurer, Hardy Vollmer, Hunno Hochberger

Die Intervention der BRD



in den jugoslawischen Bürgerkrieg

Hintergründe, Methoden, Ziele

Preis: 6,— DM

Veranstaltung mit Lubicon Cree: Überleben gegen Industriefirmen?

Die Münchner Big Mountain-Aktionsgruppe, die mit bedrohten indianischen Nationen zusammenarbeitet und sie nach ihren Möglichkeiten unterstützt, organisierte in der Pasinger „Fabrik“ eine Fotoausstellung: etwa 50 hervorragende Schwarz-weiß-Fotos von den Lubicon Cree in Alberta, Kanada, aufgenommen vor zwei Jahren von dem Saarländer Fotografen Gérard Pleynt. Zum Abschluß der Ausstellung wurden drei Vertreter der Cree zu einer Veranstaltung eingeladen — Spenden hatten die Aufbringung der Reisekosten ermöglicht. Am 14. Juli kamen viele Leute, um genaue und aktuelle Informationen zu erhalten.

Die Situation der Lubicon Cree ist verzweifelt und wird laufend noch ernster. Ihr Kampf wurde vor vier Jahren international bekannt, als sie zum Boykott der Olympischen Spiele in Alberta aufrufen und gegen die Durchführung demonstrierten. Denn es waren die gleichen Konzerne, die seit Jahren ihre Lebensgrundlagen zerstören, die jetzt als Olympia-Sponsoren auftreten.

Die Lubicon Cree haben, im Unterschied zu vielen anderen indianischen Siedlungsgruppen in Kanada, nie einen Landabtretungsvertrag unterzeichnet — einfach deshalb, weil sie nicht an Fließgewässern leben und infolgedessen von den Regierungsbeamten in Alberta im Jahre 1899, als der große Landvertrag „Nr. 8“ durchgezogen wurde, nicht gefunden wurden. 1939 wurde ihre Existenz als Siedlungsgruppe („Band“) anerkannt, aber durch den kommenden Weltkrieg fand eine Kartierung und nachfolgende Festlegung eines Reservats nicht mehr statt. So sind die Lubicon Cree bis heute ohne Vertrag und vertragliches Reservat. Anders ausgedrückt: Sie haben sich niemals verpflichten müssen, ihr angestammtes Jagdland abzutreten.

Gehört ihnen demnach nichts mehr oder gehört ihnen noch alles? Diese Frage ist in den Siedlerstaaten Kanada juristisch schwer zu klären, weil das Rechtssystem im wesentlichen von den Siedlungsinteressen der kolonisierenden Nationen, vor allem Englands, geprägt ist. Der rechtsstaatliche Unterschied zu den USA im Umgang mit den Indianern, auf den man in Kanada stolz ist, trägt zumindest hier nicht weit genug.

Als in den 70er Jahren im Norden Albertas Ölvorkommen entdeckt wurden, erschien das als eine Sache zwischen Regierung und Ölgesellschaften: Es wurden Konzessionen vergeben und es wurde gebohrt. Seither wird gefördert, die Vorkommen sind ergiebig. Daß da eine Gruppe von 500 Indianern war, denen die Ölförderung Probleme brachte, wurde von der „mobilen“ euro-

kanadischen Gesellschaft nicht verstanden.

Die Lebensweise der Lubicon Cree war durch die Jagd bestimmt. Die Gruppe von etwa 500 Menschen nutzte ein Gebiet von 10000 Quadratkilometern. Elche wurden für die Ernährung gejagt, Pelztier für den Tauschhandel. Das sumpfige Gebiet war vor allem im langen, kalten Winter für ausgedehnte Jagdzüge geeignet. In Berichten von damals wird ausdrücklich festgestellt, wie gesund und wohlgenährt die Cree waren.

Mit der Ankunft der großen Ölindustrie war es damit vorbei, weil der Bau schon einer festen Allwetterstraße die Tiere vertreibt. Das nachfolgende schwere Gerät, der mit der Ölförderung verbundene Rodungsaufwand usw. sorgten dafür, daß innerhalb von drei Jahren die Zahl der Elche, die die Cree erlegen konnten, von 120 auf null sank. Mit dem Zusammenbruch der Reproduktion wurde praktisch die ganze Gruppe (90%) von Sozialhilfe abhängig. Und es begannen die typischen Krisenerscheinungen in Gesellschaften, deren Kultur vernichtet wird: Mangelernährung, Krankheiten, Alkoholismus, Selbstmord.

Anfang der 80er Jahre schaffte es Bernard Ominayak, der 1978 gewählte, damals 28-jährige Häuptling, soviel öffentlichen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß sie 1985 einen Sonderbeauftragten ernannte, David Fulton, der am 9. April in der Ortschaft Little Buffalo (etwa 350 Einwohner) eintraf. Im Hubschrauber überflog Fulton gemeinsam mit Ominayak das Gebiet zwischen dem Peace River und dem Athabaska River, und der Sonderbeauftragte konnte sich ein Bild machen: 400 Ölbohrstellen standen in einem Radius von zehn Meilen von Little Buffalo, mit den dazugehörigen Pipelines, Straßen und Baracken; 641 Quadratmeilen Buschgelände waren in den ersten drei Jahren des Ölbooms durch Feuer zerstört worden.

In den nächsten Monaten studierte Fulton die Akten und Unterlagen und machte nach seinen Worten „eine Art Evolution durch“. Anfangs sei er der Meinung gewesen, „daß diese Dinge nicht wirklich passiert sein können, sondern daß sie einfach überzogen“. Er habe geglaubt, mit allen Eingeborenen außer denen im äußersten Norden bestünden Verträge. „Die Situation hier schreit nach einer gerechten und angemessenen Lösung“. — Auch Fultons Einsatz brachte keine Wende für die Lubicon Cree.

Wenige Jahre später wurde ein japanischer Papierkonzern, Daishowa, bei der Regierung von Alberta vorstellig und beantragte eine Konzession für das Fällen

von Bäumen zur Papierverarbeitung. Bäume gibt es viele im Norden von Alberta, und für das rohstoffreiche Kanada ist die Verwandlung von Rohstoffen in Dollars eine wesentliche Einnahmequelle. Also wurde man schnell handelseinig, für ein Gebiet von 40000 Quadratkilometern. Merkwürdigerweise stellte sich bald heraus, daß dieses freigegebene Gebiet wiederum zu beträchtlichen Teilen zum angestammten Gebiet der Lubicon Cree gehört.

Seither ist die Situation für die Cree noch verzweifelter. Wo das Holz gefällt wird — es werden in großem Stil hochmoderne Maschinen eingesetzt, 11000 Bäume täglich sollten 1989 fallen — verschwindet in weitem Umkreis das Wild. Der Papierkonzern war vorübergehend durchaus Argumenten zugänglich, er drängte auch die Regierung von Alberta, mit den Indianern zu einer Einigung zu kommen. Jedoch war es dieser Regierung — es gibt natürlich auch Kompetenzüberschneidungen mit der kanadischen Bundesregierung — nicht möglich, die bescheidenen, aber unabdingbaren Forderungen der Lubicon Cree zu erfüllen. Die Cree werden weiter gehalten, Daishowa hat in Teilgebieten mit der Rodung angefangen, und im Herbst 1992 will der Papierkonzern richtig loslegen: 20000 Bäume pro Tag.

Dagegen stehen folgende vier Forderungen der Lubicon Cree: — Einrichtung eines Reservats. Von den 10000 Quadratkilometern, die sie traditionell nutzen, wollen sie sich mit 250 qkm begnügen.

— In dem abgetretenen Gebiet muß eine vertragliche Nutzung des Forst- und Wildbestandes stattfinden.

— Für die Zerstörung ihrer Sozialstruktur muß eine Entschädigung gezahlt werden.

— Für die Ausbeutung von Bodenschätzen in ihrem Gebiet muß ebenfalls Entschädigung gezahlt werden.

Das sind einfache, einleuchtende Forderungen. Die Cree wissen, daß ihre alte Lebensweise unwiederbringlich zerstört ist. Aber sie haben ein Konzept erarbeitet, wie sie überleben könnten: mit Büffelmast, Landwirtschaft und Handwerksbetrieben. Wie dringlich die Erfüllung der Forderungen ist, das unterstrich Larry Ominayak auf der Veranstaltung in München mit einem Satz, der unter die Haut geht: „Es ist nicht sicher, daß wir ein weiteres Jahr überleben.“

Die kanadische Regierung reagiert auf Druck aus dem Ausland vergleichsweise empfindlich, deshalb schlägt die Big Mountain-Aktionsgruppe vor, Protestbriefe zu schreiben an:

— Mr. Don Getty, Premier, Government of Alberta, Legislative Buildings, Edmonton AB, Canada; — Mr. Tom Siddon,

Indian Affairs Minister, Government of Canada, Ottawa/Hull ON KIA 0A6, Canada; — Mr. Brian Mulroney, Prime Minister, Government of Canada, Ottawa/Hull ON KIA 0A6, Canada.

Kontaktadresse: Big Mountain-Aktionsgruppe, Klenzestr. 5, 8000 München 5, Telefon 089/29 13 027.

Literaturhinweise: „Lubicon Cree“, Sonderausgabe der Zeitschrift Coyote, herausgegeben von der Big Mountain Aktionsgruppe, 1992, DM 10,-; Frank Kressing, Der Cree-Report, Wyk, Verlag für Amerikanistik, 1986; John Goddard, „Forked Tongues“, in: Saturday Night, Feb. 1988, S. 38-45; Boyce Richardson, „The Lubicon of Northern Alberta“, in: Boyce Richardson, Hg., Drumbeat. Anger and Renewal in Indian Country, Toronto 1989, S. 229-264; Dionys Zink, „Kahlschlag als Strategie des Völkermords — die japanische Papierindustrie gegen die Lubicon Lake Indian Nation“, in: Pogrom, Heft 163/1992, S. 37-39 — (mif)



Die Lage von Lubicon Lake in Alberta, Kanada.



Das traditionelle Gerben eines Elchfelles findet heute in Little Buffalo nicht mehr statt: Die Elche sind vor der Öl- und Papierindustrie geflohen. Die traditionelle Lebensweise der Lubicon Cree wurde dadurch zerstört; eine neue wird ihnen verweigert.

Filmkritik: „Die Rache des Wolfes“

Dieser kanadische Film, der jetzt in zahlreichen Städten zu sehen ist, behandelt einen Konflikt, der in der Ausgangssituation dem Kampf der Lubicon Cree sehr ähnlich ist, nicht jedoch in seinem Verlauf. Der vom Verleih gewählte deutsche Titel spielt in etwas aufdringlicher Weise an den erfolgreichen „Der mit dem Wolf tanzt“ an und signalisiert damit sowohl: hier kommt ein Indianerfilm, wie auch Assoziationen an gewaltintensive Rache-filme geweckt werden. Der Originaltitel war „Clearcut“ (Kahlschlag) — der deutsche Titel lenkt mithin die Aufmerksamkeit auf das Rachegehehen, während der kanadische auf den gesellschaftlichen Konflikt abzielt.

Der Film beruht auf einem 1987 erschienenen Roman von M. T. Kelly, „A Dream Like Mine“, der dafür eine anerkannte literarische Auszeichnung in Kanada erhielt. Er behandelt nicht den Landkonflikt der Cree, sondern spielt im nordwestlichen Ontario; gedreht zumindest wurde in Thunder Bay am Oberen See, möglicherweise im Ojibwa-Reservat Fort William. Beabsichtigt ist zunächst wohl die Darstellung eines typischen Konflikts zwischen Weißen und Ureinwohnern: Indianer verteidigen ihr Land gegen den Bau einer Straße und gegen das Abholzen der Wälder. Ihr Anwalt aus Toronto kommt mit dem Buschflugzeug dazu; er hat gerade den Prozeß verloren. Die rechtliche Situation sieht aussichtslos aus.

Der Anwalt lernt den Sohn ei-

nes der Ältesten kennen, Arthur, Alter vielleicht Ende 30. Er wirkt unangenehm, respektlos. Auf Arthurs Frage, was man denn jetzt tun solle, antwortet der Anwalt ironisch und mit seinem Juristenlatein am Ende: „den Chef der Holzfirma bei lebendigem Leibe skalpieren“.

Arthur setzt diesen „Vorschlag“ mehr oder weniger in die Tat um. Er entführt nicht nur den Holzchef, sondern auch den Anwalt in die Wälder und mißhandelt beide, vor allem den Kapitalisten. Handelnde Person im Film ist der Indianer Arthur; der Kapitalist leidet; der Anwalt hat vor allem die Rolle des Zeugen — wie der Zuschauer auch. Der Anwalt findet die Aktion, die die typischen Züge individuellen Terrors trägt, zunächst sinnlos und falsch. Je länger sie währt, desto mehr Widerstand dagegen leistet er, bis hin zu einem Totschlagsversuch gegen Arthur. Als hätte dieser darauf nur gewartet, steigt er in den See und versinkt darin. Die Polizei nimmt den Anwalt fest, der jetzt nicht mehr verzweifelt wirkt, sondern eher glücklich. Das Amulett, das der Indianer Arthur während des ganzen Films trug, hängt am Schluß — unerklärt — um den Hals eines jungen Mädchens.

Absicht des Films ist sicher nicht nur das Schockieren des Publikums. Welchem Zweck die Schocks gelten, das bedarf der Interpretation. Wird dadurch der Zuschauer aufgerüttelt, die Umweltzerstörung so ernst zu

nehmen wie die existentiell davon betroffenen Indianer? Das könnte eine beabsichtigte Wirkung sein. Wird der Rechtsstaat infrage gestellt? Das wohl nicht, denn Arthur erreicht materiell nichts mit seinem Terror; ob eine Bewußtseinsänderung des Kapitalisten stattfindet, bleibt offen. Wird der anfängliche Pazifismus des Anwalts als untauglich beurteilt? Möglicherweise.

Die indianische Gesellschaft, der der Kampf gegen das kolonialistische Vordringen aufgezungen wird, wird nicht detailliert geschildert. Vieles entspricht den Vorstellungen, die man sich als Europäer so macht: Armut herrscht; unter ihren überkommenen Bräuchen sind eindrucksvolle wie die Schwitzhütte und merkwürdige wie das Tabakpfeifenritual, auch abstoßende (Arthur beißt einer Schlange den Kopf ab); man weiß nie genau, was sie denken; sie haben die erstaunliche Fähigkeit, ungesehen zu kommen und zu verschwinden. So kann man sich auch in Vorurteilen bestärkt fühlen. Was in Thunder Bay durch den Kahlschlag kulturell und gesellschaftlich zerstört wird, wird nicht gezeigt.

Der Film erlaubt Interpretationen in verschiedene Richtungen. Die Frankfurter Allgemeine sah Arthur als „sadistisches Monster“ dargestellt und verglich mit Bronsons „Ein Mann sieht rot“ (II. 7.); die Süddeutsche Zeitung fand die Darstellung „nicht ohne Ironie und intelligente Anspielungen auf die leidvolle Geschichte“ (20. 7.). Die Horrorelemente des Films bringen ihm vielleicht mehr öffentliche Diskussion und Zulauf, jedoch lenkt dies eher ab von dem Ausgangskonflikt, dem Kampf um die Verteidigung der Existenzgrundlagen. — (mif)

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

16/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschelt (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement, Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Ostdeutschland: Herbert Staschelt; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zölper Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rgt.), 8000 München 2

Für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz